

ZUKUNFT

07/08
2010

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Sparen bis zur
Depression?
Helene Schuberth

Wir haben unter unseren
Verhältnissen gelebt!
Michael Amon

Wohnbaugenossenschaften
in Österreich
Herbert Ludl

Wohin
des Weges?
artur streimelweger

Styleclicker City

NRW-FORUM DÜSSELDORF

EDITORIAL

Die Budgeterstellung ist ein komplexer Prozess. Dies gilt umso mehr in Zeiten konjunktureller Brüche. Diese Komplexität dient der Regierung nunmehr als Begründung dafür, die Budgetzahlen dem Parlament erst am Anfang Dezember statt am 22. Oktober vorzulegen. Das hat aber einen wesentlichen Haken: Die Bundesverfassung verpflichtet die Regierung, spätestens zehn Wochen vor Jahresende einen Budgetentwurf vorzulegen. Und das mit gutem Grund. Der Nationalrat soll nämlich die Möglichkeit haben, das Budget eingehend zu beraten, im neuen Zeitplan hat er dafür gerade einmal zwei Wochen Zeit.

Vor allem wird aber eine grundsätzliche Frage politischer Kultur berührt. Das Bundesverfassungs-Gesetz ist keine Sammlung unverbindlicher Anregungen, es normiert die Spielregeln politischen Handelns in Österreich. Wird die Verfassung nicht befolgt, hat das realpolitisch oft keine Konsequenzen. Das wesentliche Problem besteht aber darin, welche Vorbildwirkung es für künftige Regierungen haben wird, deren demokratische Gesinnung nicht so ausgeprägt ist. Das Problem liegt im Präzedenzfall selbst.

Budgetpolitisch bleibt zu hoffen, dass der neu gewonnene Respekt vor Einnahmen- und Ausgabenschätzungen immerhin dafür sorgt, dass das gerade erst neu geschaffene Instrument »echter« Doppelbudgets künftig ungenutzt bleibt. Schließlich wäre es kaum nachvollziehbar, wegen Planungsunsicherheiten ein Budget fürs Folgejahr erst drei Wochen vor Jahresende vorzulegen, dafür dann aber gleich zwei Jahre in die Zukunft zu blicken.

Die Budgetsanierung ist auch der Ansatzpunkt für den Beitrag von **Michael Amon** in diesem Heft: Er zeigt auf, wie sehr die »**Sprache der Krise**« der tatsächlichen Realität der Krise entrückt ist und Grundlage dafür bilden soll, die **Hege- monie der Markttextremisten** erneut zu stabilisieren.

Caspar Einem spricht in seiner Kolumne »**Fragen über Fragen**« an, welche Bedeutung das Phänomen **Hans**

Dichand hatte und welche politischen Konsequenzen sein Tod haben könnte.

Schwerpunktmäßig setzen sich in dieser Ausgabe vier Beiträge in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen mit der Verbindung zwischen Wirtschaft(swachstum), Gleichheit und Demokratie auseinander. **Herbert Ludl** illustriert am Beispiel der österreichischen **Genossenschaftswesen soziale und wirtschaftliche Vorteile** eines demokratisierenden Wirtschaftsmodells. Wie sich das **Verhältnis von Banken und Staat** im Zuge von Finanzmarktkrise und Bankenrettung verschiebt, analysiert **Maria Kader** in ihrem Beitrag. **Simon Sturn** und **Till van Treeck** zeigen die **Zusammenhänge von gesellschaftlicher Teilhabe, Gleichheit und Wachstum** auf. Den Abschluss des Schwerpunkts bildet ein Beitrag von **Branislav Markuš**. Er hat mit seinen Kollegen die Privatisierung ihres **Pharmaunternehmens** bekämpft und die **Leitung der Fabrik in demokratischer Selbstverwaltung** übernommen. Sein Artikel dokumentiert ein exotisch anmutendes Modell demokratischer Mitbestimmung, das sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ereignet.

In der Rubrik »Sozialdemokratie mit Zukunft« analysiert Artur Streimelweger das neue erschienene Buch von **Franz Walter** über die **Transformation der Sozialdemokratie**. **Rudolf Legat** hat sich mit dem Begriff des **Open Government** näher auseinandergesetzt und präsentiert anhand einiger internationaler Beispiele die Bedeutung dieses Transparenzprinzips für die Regierungspraxis.

Nach den **Buchtipps** rundet in dieser Ausgabe das Schlusswort von **Helene Schuberth** das Heft ab.

Wir wünschen eine unterhaltsame Ferienlektüre und einen erholsamen Sommer!



Styleclicker City © GUNNAR HÄMMERLE

Inhalt

- 6 Wir haben unter unseren Verhältnissen gelebt!**
Von MICHAEL AMON
- 10 Was ändert der Tod von Hans Dichand?**
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM
- 12 STYLECLICKER CITY**
- 14 Wohnbaugenossenschaften in Österreich**
Von HERBERT LUDL
- 17 STYLECLICKER CITY**
- 18 Banken und Staat**
Von MARIA KADER
- 23 STYLECLICKER CITY**
- 24 Wachstumszwang durch Ungleichheit und
Ungleichheit als Wachstumsbremse?**
Von SIMON STURN und TILL VAN TREEC
- 29 STYLECLICKER CITY**
- 30 Die »Wir«-AG**
Von DANIEL LEHNER
- 33 STYLECLICKER CITY**
- 34 Wohin des Weges?**
Von ARTUR STREIMELWEGER
- 39 STYLECLICKER CITY**
- 40 Open Government – let the sunshine in**
Von RUDOLF LEGAT
- 47 STYLECLICKER CITY**
- 48 Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 Sparen bis zur Depression?**
SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags Gmbh, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ª Dr.ª Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag.ª Alexandra Pernkopf, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ª Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Production Manager:** Dr. Manfred Lang. **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Coverfoto:** Styleclicker City © Gunnar Hämmerle

Wir haben unter unseren Verhältnissen gelebt!

KRISENRETHORIK Im Zuge der anstehenden Budgetsanierungen erwacht die Sprache der Markttextremisten zu neuem Leben – und mit ihr deren gescheiterte Politik. Polemische Anmerkungen zur Sprache der Krise von Michael Amon.

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Sanierung. Es ist ein fröhliches Gespenst, lächelt mal jovial, mal gereizt, verschmähst es aber, seine wahren Absichten zu offenbaren. Die Sprache der Krise ist eine verlogene. Mit gezückten Federn haben die Bannerträger des Markttextremismus die Propaganda wieder aufgenommen anstatt sich schmähsad hinter jenen Trümmern zu verstecken, die uns soeben dank ihres bisherigen Wirkens um die Ohren geflogen sind.

Die erste Übung der wieder erwachten Markttextremisten besteht darin, die Begriffshoheit zu behalten bzw. wieder zu erlangen. Wir sollten also vorsichtig sein und nicht achtlos den Wortmüll übernehmen und verwenden, der uns in den Medien dargeboten wird. Man denke nur an das Wort »Steuererleichterungen«. Wer atmet da nicht erleichtert auf. Aber dass dieser Erleichterung meist eine Menge Erschwernisse für diejenigen, die ohnedies schon am Boden liegen, gegenüberstehen, wird gern verschwiegen.

Das Lügen beginnt mit der kurzen Wortfolge »Die Märkte« und wird kombiniert mit Begriffen aus dem Setzkasten neoliberalen Wortmülls: »haben geurteilt«, »offenbaren« oder »kann man nicht überlisten«. Setzte man statt »die Märkte« etwa »der liebe Gott«, wäre klar, dass es sich um religiöse Glaubenssätze handelt.

Dem Publikum wird suggeriert, die Märkte seien transzendent und unlenkbar wie die Krümmung des Raums. Aber »DIE Märkte« sind keine anonyme Gottheit. Sie haben Namen und Gesichter: die Bosse der großen Geldinstitutionen. Menschen treffen Entscheidungen, nicht Märkte. Menschen

definieren die Marktbedingungen, nicht der liebe Gott. Geld ist kein Naturgesetz, und Markt ist bloß jener gedachte Ort, an dem Menschen unter formbaren Bedingungen aufeinander treffen.

»Tand, Tand / Ist das Gebilde von Menschenhand.«, heißt es bei Fontane. Es gibt keine objektiven Marktgesetze, kein Naturgesetz. Marktgesetze, ihre Wirkungsweise, ihr Umfang und ihre Kontrolle sind verhandelbar. Das wird gerne verschleiert, wenn man von den Gesetzen des Marktes spricht. Auf Märkten vereinbaren Käufer und Verkäufer Preise (denn auch diese Preise fallen nicht irgendwie vom Himmel, sondern werden von Menschen gemacht). Mehr können Märkte nicht. Sie schaffen weder Wohlstand noch Gerechtigkeit. Sie sind ein Mittel, ein Werkzeug wie Hammer oder Nagel. Wer mit einem Vorschlaghammer einen kleinen Nagel in die Wand treiben will, wird am Ende einen zerquetschten Daumen, eine unbrauchbaren Nagel und eine zerstörte Wand haben. Wer grenzenlose Märkte ohne Grenzen und Brandabschnitte zulässt, wird – so wie wir derzeit – vor einem weltweiten ökonomischen Flächenbrand stehen.

Auch dem Gerede von der sozialen Marktwirtschaft sollte man vehement entgegenreten. Wir haben derzeit keine soziale Marktwirtschaft. Unsere Wirtschaft ist nicht durch das Vorhandensein von Märkten charakterisiert, sondern von einer brutalen Durchsetzung der Zinsbedürfnisse des Finanzkapitals. Wir haben keine Marktwirtschaft, sondern eine Kapitalverwertungswirtschaft. Die Verwertung des Kapitals, also seine möglichst hohe Verzinsung, wird als einzige ökonomische Zielsetzung postuliert. Die Marktmechanismen werden ausschließlich an diesem Ziel orientiert und ausgerichtet.

Es heißt übrigens die Möglichkeiten von Marktmechanismen zu überfordern, wenn man ihnen – wie die Markt-radikalen – abverlangt, sie mögen von den Preisen über die Globalisierung bis hin zu den Kapitalflüssen alles mittels eines einzigen Parameters, der Gewinngröße, regeln. Die Theorie der angeblichen Marktgleichgewichte, die sich einstellen, wenn man die Märkte in Ruhe lässt, ist ohnedies längst widerlegt, da es mangels vollständiger Information und dank grundsätzlich irrationaler Kaufentscheide gar keine Marktgleichgewichte geben kann. Man streiche das Wort »Marktgleichgewicht« also am besten aus dem Sprachschatz.

SPEKULANTEN!

Wenn es jetzt nach der Fast-Pleite von Griechenland heißt, das Land müsse sich erst wieder das Vertrauen der Märkte erarbeiten, dann ist das inhaltsleeres Geschwafel. Es gibt kein »Vertrauen der Märkte«, sondern bloß Spekulanten, die jene Lücken im System suchen, die es ihnen ermöglichen, zu Lasten der Allgemeinheit ihre sinisternen Geschäfte abzuwickeln. Spekulanten pfeifen auf Vertrauen. Sie suchen vielmehr systematisch systemische Fehler in öffentlichen Systemen, Fehler, die man – unter Vermeidung produktiver Arbeit – zur Generierung privater Gewinne missbrauchen kann. Dass die Euro-Zone dank der damals verantwortlichen Politiker über jede Menge solcher systemischer Fehler verfügt, ist leider evident.

Das Kernproblem ist – und das hat sich in dieser Krise deutlich gezeigt – die fehlende, einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik für den einheitlichen Währungsraum. Die Idee, dass sich die nationalen Wirtschaften dank der Maastricht-Kriterien angleichen und Konvergenz erreichen würden, hat sich (nicht sehr überraschend) als falsch erwiesen. Jetzt den Griechen vorzuwerfen, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt, ist unsinnig. Jeder halbwegs ökonomisch Gebildete wusste, dass nur eine handvoll Länder für eine Währungsunion »reif« waren. Aber so wie schon Helmut Kohl die ostdeutsche Wirtschaft mit einem falschen Wechselkurs über Nacht ruiniert hat, hat man mit politischem Falschgeld eine zu groß

geratene Währungsunion erschaffen (so wie man wider besseren Wissens eine falsch konstruierte Osterweiterung durchgezogen hat). Die Immobilienblase in Spanien ist z. B. die direkte Folge eines falschen Umtauschkurses der Peseta. Natürlich hat Griechenland die Löhne und Gehälter ohne eine entsprechende Steigerung der Produktivität erhöht. Aber davon hat ganz Europa in Form von Exporten profitiert.

Langsam und zögerlich setzt sich auch die Erkenntnis durch, dass Hartz IV in der Tat ein großer Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie war, keineswegs aber eine soziale Großtat (die Wähler haben das leider schon sehr früh und sehr schnell erkannt). Die Behauptung, man habe damit den Sozialstaat finanzierbar gehalten, wird von den vorliegenden Zahlen nicht gestützt. Der von Hartz IV verursachte Druck auf die Reallöhne hat immer mehr Leute in die Hartz IV-Falle gedrängt, denn das war tatsächliche Wirkung von Hartz IV: die eines Lohnsenkungsprogramms. Mittels Hartz IV hat man einen Niedriglohnsektor erzwungen, mit dessen Hilfe man Deutschland einen deutlichen innereuropäischen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Ländern ermöglicht hat.

Das Ergebnis ist eine großflächige Verwüstung der europäischen Wirtschaftstopografie: Die Gewinne der deutschen Exportindustrie kamen nur einer kleinen Gruppe zugute, für die große Mehrheit der Deutschen sank der Lebensstandard beträchtlich (Niedrigstlohnsektoren ziehen auch alle anderen Löhne mit hinunter!), die Außenhandelsüberschüsse der Deutschen sind die Defizite der anderen. Insofern ist es logisch und wirtschaftlich sinnvoll, wenn Deutschland auch die Hauptlast der Aufräumarbeiten trägt. Dies ist keine Belastung Deutschlands, sondern ein sinnvoller Ausgleich innerhalb einer europäischen Solidargemeinschaft. Keine Rede also, dass die Deutschen die Zahlmeister Europas sind. Allerdings wäre jetzt in Deutschland dafür Sorge zu tragen, dass die Profiteure dieser Wirtschaftspolitik auch die Beseitigung der Schäden bezahlen! Stattdessen senkt man wieder einmal die Hartz IV-Sätze ab ...

Womit wir bei der österreichischen Variante von Hartz IV, der »bedarfsorientierten Grundsicherung« wären. Auch wenn sich jetzt alle selbst und wechselseitig anerkennend auf die Schultern klopfen, seien doch Einwände gewagt: mit einer Grundsicherung hat jetzt beschlossene Konstrukt wenig zu tun. Man mag als positiv sehen, dass es nun eine Vereinheitlichung gibt – die Vereinheitlichung der Armut. Das liegt nicht nur daran, dass man auf die in Österreich üblichen 13. und 14. Bezüge verzichtet hat. Österreich hat heute – dank »beinhartem« Konkurrenzkampf unserer Handelsoligopole – das fünfthöchste Lebensmittelpreis-Niveau in Europa.

Man sollte alle Politiker, die diese Grundsicherung ernsthaft für eine solche halten, dazu verurteilen, mindestens ein Jahr unter dem Regime dieser Grundsicherung zu leben. Nicht ein Monat, oder zwei. Das wäre lächerlich. Denn interessant wird es nach ein oder zwei Jahren: wenn die Kleidung erneuert werden muss, der Warmwasserboiler streikt, der Kühlschrank eingeht, die Wohnung wieder einmal ausgemalt werden müsste. Bei intakter Infrastruktur kann jeder ein oder zwei Monate mit dieser Grundsicherung überleben. Eng wird es, wenn die Infrastruktur zu bröckeln beginnt, weil man nicht dauernd in ihre Aufrechterhaltung investieren kann. Willkommen im wirklichen Leben all ihr glücklichen Beschlussfasser! Und dass mir niemand mehr von »Grundsicherung« spricht.

Man sollte all jene Parlamentarier, die das Wesen einer echten Grundsicherung noch immer nicht verstanden haben, einmal im Jahr für vier Wochen zu einer Armutstournee abkommandieren. Damit sie bei der nächsten Diskussion des Themas wenigstens ein bisschen Zinshausgeruch mit Kohlausdünstung in der Nase haben und entweder eine wirkliche Grundsicherung einführen, oder auch dieses Wort nicht mehr in den Mund nehmen.

Drah di net um, der Spekulant geht um. Auch der Spekulant hat ein Gesicht – und nicht nur eines. Die Wahrheit ist:

Kapitalismus ohne Spekulation gibt es nicht. Er weckt unerfüllbare Hoffnungen, dann schlägt die Stunde der Spekulanten. So wurde in den letzten Jahren in immer waghalsigeren Pirouetten die Spirale des Exzesses hochgeschraubt. Wir sind in Geiselhaft genommen und selbst zu Spekulanten degradiert worden. Für jeden Arbeitnehmer werden monatlich 1,53% des Lohns in Rentenfonds einbezahlt, die dafür sorgen, dass die Rendite stimmt. So wetten wir auf der Jagd nach hohen Zinsen gegen den eigenen Arbeitsplatz. Die angebliche Zukunftssicherung verspekuliert die Gegenwart. Da freut man sich richtig auf eine »Spekulationssteuer«, die nur die Reichen trifft.

NON LICET BOVI

Weil wir also alle gemeinsam im Boot der Spekulanten vor den Küsten Griechenlands kreuzten, müssen wir die armen Griechen jetzt vor sich selbst und vor uns retten. Man schnürt ein Griechenland-Paket, das ein Bankenpaket ist. Staaten können nicht Konkurs anmelden, nur ihre Kreditgeber. Also retten wir nicht Griechenland, sondern die Banken. Wir haben nicht einmal noch die Suppe vom Vorjahr ausgelöffelt, schon bestellt man uns den nächsten Gang. Rülps! Wir leben über unsere Verhältnisse, rufen uns die Marktextremisten zu: die Griechen haben zu viele Schulden gemacht. Nur deshalb konnten sie ein Opfer der Spekulanten, also von uns allen, werden. Wir alle hätten über unsere Verhältnisse gelebt, der ganze Sozialstaat nur aufgebaut auf Pump und Schulden. Quod licet Iovi, non licet bovi.

Von wegen über unsere Verhältnisse gelebt! Der ASVG-Pensionist mit einer Durchschnittspension von unter 1.000 Euro? Der ewige Praktikant, jetzt auch schon dreißig Jahre alt, der ohne Aussicht auf dauerhafte Beschäftigung jene Familie gründen soll, die möglichst bald so viele Kinder hervorbringt, dass unser angeblich gefährdetes Pensionssystem gesichert ist? Der mitten in seinem sechsten Lebensjahrzehnt »freigesetzte« Siemens-Programmierer, der trotz hohen Wissensstandes keinen Job mehr bekommt (und der Sozialplan war auch nicht

wirklich üppig)? Willkommen im Verein der Prasser und Verschwender!

Von wegen Schulden: Unser bauernbundschlauer Finanzminister hat inseriert, mit wie vielen Schulden Neugeborene in Österreich zur Welt kommt, nämlich 23.901 – und jeden Tag werden es mehr, fügte man frohlockend hinzu. Eine Grundregel des Steuersystems besagt, dass man sich nicht ärmer machen darf, als man ist. Würde ein Großkonzern auf die Idee kommen, nur seine Schulden nicht aber das Vermögen zu veröffentlichen? Unser Sparschweinderl der Nation macht das, denn man will uns erschrecken, reif machen für Angriffe auf unseren Wohlstand. Hier wird nämlich umverteilt. Von bovi zu Iovi. Die Banken kassierten zuerst hohe Risikozuschläge auf griechische Anleihen und jetzt Garantien, für den Fall, das was schief geht (und die Zuschläge bleiben im Haus!).

WIR RINDVIECHER


Wir Rindviecher sollen zwei Mal zahlen. Darum jagt man uns ordentlich ins Bockshorn. Darum verkündet Herr Pröll nur die Schulden und verschweigt die Werte: Straßen, Autobahnen, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel, Spitäler, Kanalisation, Kläranlagen, Infrastruktur aller Art – wir sind ein reiches Land mit ein paar Schulden. So wie Siemens mit 70 Milliarden Passiva ein reicher Konzern ist.

Trotz all der Schulden spricht man von Steuerentlastung und verschweigt, dass die Entlastung des Einen (Iovi) die Belastung des Anderen (bovi) ist. Aber man wird natürlich die Steuerschlupflöcher stopfen. Von wegen! Die Schlupflöcher vielleicht, aber die großen Scheunentore, durch die das große Geld bequem hindurchschreitet (Gruppenbesteuerung!), die bleiben sperrangelweit offen.

Meine Herrschaften, was hättet ihr denn mit dem ganzen Mammon gemacht, wenn nicht die Griechen und Spanier und Portugiesen so deppert gewesen wären, Kredite aufzunehmen, um sich so einen höheren Lebensstandard zu spendieren? Wer

hätte denn für all das nutzlos herumliegende Kapital ohne Anlagemöglichkeit (Autoindustrie: 100% Überkapazität!) Zinsen bezahlt, wenn nicht wir, die Prasser? Wenn niemand Schulden macht, wer zahlt die Zinsen? Die Schuldenbremse ist der Tod des Kapitalismus. Pröll als Kryptokommunist, das hat was. Was würden die Superreichen mit zinsbefreitem Geld machen?

Die paradoxe Wahrheit ist: Der Kapitalismus muss regelmäßig Geldwerte vernichten, sonst verarmen wir. Wir haben nur die Wahl, wessen Geld wir vernichten: das der Reichen oder das der breiten Masse der kleinen Leute. Ich ziehe Ersteres vor. So viel Gerechtigkeit muss sein! Wir haben zu wenig Geld der Reichen verjankert. Wir hätten mehr in den Sozialstaat stopfen und höhere Löhne zahlen sollen, was gleich auch den Abstand zum Arbeitslosengeld vergrößern hätte – nicht die Arbeitslose ist zu hoch, wie man uns einreden will, sondern die Löhne sind zu niedrig.

Mit jeder Gewinnsteigerung haben wir die Blase gefüttert. Mit jedem Lohnverzicht, jeder Bankensanierung das hungrige Kapital vergrößert. Wir haben mit dem Verzicht auf Steigerung der Masseneinkommen die Kapriolen und jene Krise finanziert, für die wir jetzt noch einmal bezahlen. Wir haben unter unseren Verhältnissen gelebt. Das tut dem Kapitalismus nicht gut. Wir hätten uns lieber ein gutes Leben auf Pump machen sollen, als die Banken zu füttern. Nur wer über seine Verhältnisse lebt, lebt gut. Glückliche, wer nichts zu verlieren hat, als seine Schulden! 

MICHAEL AMON

lebt als freier Schriftsteller in Wien und Gmunden.
Mit dem Thema Krise und Kapitalismus hat er sich zuletzt in den Essaysammlungen »Nach dem Wohlstand« sowie in »Und sie lügen doch« (beide erschienen bei Molden) beschäftigt.

Was ändert der Tod von Hans Dichand?

Am 17. Juni ist der Patriarch der KRONE gestorben. Er hat zu Lebzeiten vieles bewirkt in diesem Land – nicht zuletzt durch seine straffe Führung jener Teile der Kronenzeitung, die für ihre Verbreitung maßgeblich waren. Und er hat sich durch die Höhe der verkauften Auflage der Zeitung zunehmend als jemand gefühlt, der legitimiert ist, zu sagen, wo es lang geht.


Was war das Besondere der Krone? Und was war Hans Dichands Leistung dabei? Dichands besondere Qualität war, dass er sich ein Leben lang das Gefühl für jene Menschen und ihre Denkungsart, ihre Ängste und Sorgen, ihre Emotionen bewahrt hat, aus deren Milieu er selber stammte. Und diese Gemengelage aus Zukunftsangst, Xenophobie und Vorurteilen hat er im politischen Teil und im Lokalteil der Zeitung bewusst verstärkt, zum Schwingen gebracht. Dabei hat er sich auch nicht geschaut, Fakten in seinem Sinne zu verdrehen. Die Krone war (und ist) groß genug, um sich eine eigene Interpretation dessen erlauben zu können, was wirklich ist und was daher nicht wirklich ist. Das gilt umso mehr, als sehr viele Kroneleser sich nur über diese Zeitung informieren. Gegen diese Form des Missbrauchs der Medienmacht hätte nur ein öffentlich rechtlicher Rundfunk, der seine Aufgabe im Bereich der Information erfüllt, gegensteuern können. Denn nur die ZIB 1 hat das Potential, der Auflage der Krone wirksam zu widersprechen. Warum gibt es bei uns dieses Korrektiv eigentlich nicht?

Und was war der Grund, warum so viele Politiker vor Hans Dichand in die Knie gegangen sind? Die Krone hat auch in ihren besten Zeiten keine Wahlen für ihre Favoriten gewonnen bzw. auch nicht verhindern können, dass jene in Wahlen siegen, die sie gern verhindert hätte. Diese Lektion hätte man anhand der Geschichte Wolfgang Schüssels lernen können. Was hat uns daran gehindert?

Die Antwort ist relativ einfach. Ich selbst habe mich seit meiner Ernennung zum Innenminister und dann auch als

Verkehrsminister deutlichster Ablehnung der Krone erfreut. Nüchtern betrachtet hatte das Vor- und Nachteile: die Krone ist in Sachen Meinung eine Wasserscheide. Sie sorgt zwar für ein großes Potential an Ablehnung, wenn sie es darauf anlegt, aber auch für ein ebenso großes an Sympathien. Ich hatte in diesen Zeiten bei Umfragen stets eine Zustimmungsrate von 30 bis 35% – nicht zuletzt wegen der lebhaften Gegnerschaft durch die Kronenzeitung. Aber ich hatte auch bei politischen Veranstaltungen vielfach ein massives Vorurteil gegen mich zu überwinden. Denn viele – gerade auch sozialdemokratische Parteimitglieder und Funktionäre – beziehen eben ihre Informationen zur Politik primär aus der Kronenzeitung. Will man als Politiker diesen Widerstand durch persönliches Auftreten in Veranstaltungen überwinden, müsste man – immerhin geht es etwa um 3,5 Millionen Leser – an 250 Tagen im Jahr jeweils vor einem Auditorium von 14.000 Personen auftreten und dieses Auditorium überzeugen. Eine nicht leistbare Herausforderung. Und es ist die Ablehnung durch die, die einen nicht kennen, die das politische Leben deutlich erschweren. Diesen Widerstand zu überwinden, ersparen sich die meisten Funktionäre gerne.

Ob da nicht doch ein öffentlich rechtlicher Rundfunk, der unparteiisch informiert auch für Politiker gut wäre?

Was wird sich ändern? Die Kronenzeitung bleibt eine auf-lagenstarke Zeitung, aber die »Nase« von Hans Dichand, die ist weg. Und die ist auch nicht so ohne weiteres ersetzbar. Das ist gut so. Denn dadurch geht vermutlich auch ein Gutteil der emotionalen Mobilisierungsfähigkeit, der Fähigkeit eine bestimmte Stimmung zu verstärken, ins Schwingen zu bringen, verloren. Und vielleicht haben dann nicht nur die Krone-Leser weniger Angst, sondern auch die Politiker. Wäre das nicht eine Perspektive? 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der Zukunft.



edition rot

Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH



Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier (Hg.)

256 Seiten, Leinengebunden mit Schutzumschlag, Euro 55,- (zzgl. Versand)
ISBN 978-3-901485-98-5

„Der vorliegende Band ist anlässlich des 120jährigen Jubiläums der ersten Maifeier 1890 entstanden. Autorinnen und Autoren aus den unterschiedlichsten Disziplinen erstellten ein ebenso dichtes wie differenziertes Narrativ zur Geschichte des Tages der Arbeit. Die Annäherung erfolgte aus einer Vielzahl von Perspektiven, kulturellen Kontexten, intellektuellen und politischen Herangehensweisen. Aufgrund ihrer besonderen Tradition von Kontinuität, Massenteilnahme und öffentlicher Inszenierung sind wesentliche Aspekte des Buches der Wiener Maifeier gewidmet; selbstverständlich aber sind ihr Fallbeispiele zur internationalen Dimension des Tages gegenübergestellt.“

Mit Beiträgen von

Victor Adler, Christoph Baumgarten, Matthias Beitzl, Gert Callesen, Sema Colpan, György Dalos, Christian Dewald & Peter Grabher, Kurt Eisner, Ernst Fischer, François Genton, Andrea Grisold, Marion Hamm & Ove Sutter, André Heller, Ernst Hinterberger, Rosa Jochmann, Birgit Johler, Herbert Justnik & David Schritteser, Fritz Keller, Otto König, Erwin Lanc, Manfred Lang, Otto Leichter, Jill Lewis, Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier, Herta Luise Ott, Kathrin Pallestrang, William A. Pelz, Alfred Pfoser, Erika Pluhar, Peter Rosegger, Marcus Strohmeier, Harald Troch, Fritz Weber, Richard West-Kurfürst, Chris Wrigley

Bestellungen bitte unter:

Buchhandlung Löwelstraße | 1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel.: 01/534 27/323 oder 343, Fax: 01/534 27/324 | E-Mail: Buchhandlung @spoe.at

Styleclicker City

Das NRW-Forum Kultur und Wirtschaft zeigt ab dem 25. Juli 2010 bis zum 8. August die größte Fashion Blogger Einzel-Ausstellung, die jemals präsentiert wurde. Einer der weltweit bekanntesten und renommiertesten Blogger, der Deutsch-Schwede Gunnar Hämmerle, zeigt in einer Show knapp 1.000 Blog-Shots von »Menschen des 21. Jahrhunderts«. Die Bilder des »Styleclickers« sind digitale Modefotografien, die auf den Straßen der internationalen Metropolen gemacht wurden. Die Projektionen verwandeln das Obergeschoß des NRW-Forum in eine virtuelle Stadt mit unterschiedlichsten Menschen aus Stockholm, Berlin, New York, Paris, London und anderen Orten.

nrw-forum.de



Wohnbaugenossenschaften in Österreich

SCHWERPUNKT In Zeiten der Krise werden zusehends Stimmen laut, die sich für mehr sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und demokratischer Mitbestimmung im Wirtschaftsleben aussprechen. Wohnbaugenossenschaften vereinen diese Elemente. Über deren Herkunft, Wesensmerkmale und aktuelle Notwendigkeit berichtet ein ausgewiesener Fachmann der Wohnbaubranche, Herbert Ludl.

1. HERKUNFT

Wohnbaugenossenschaften gibt es in Österreich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sie gehören zu den ältesten derartigen Gründungen in Europa und viele von ihnen konnten erst kürzlich ihr 80. oder 100. Bestandsjubiläum feiern. Die Gründung von Wohnbaugenossenschaften war stets mit der »sozialen Frage«, der »Wohnungsfrage« und den Ideen der Sozialreformer verknüpft. Im Liberalismus der Gründerzeit wurde zur gleichen Zeit eine Wohnungsproduktion frei von staatlichen, den Markt verzerrenden Eingriffen verwirklicht und bescherte namentlich Wien ein Wohnungselend, das jenes von London, Paris und selbst Berlin deutlich übertraf.

Vorbilder fanden sich bei den Frühsozialisten in England (Robert OWEN) und den genossenschaftlichen Pionieren in Deutschland (Victor Aimé HUBER). In drei Gründungswellen 1908, 1921 und 1945, nicht zu vergessen die Sonderentwicklung der »Wiener Siedlerbewegung«, wuchs die Zahl der Wohnbaugenossenschaften rasch. Nach 1955 kam es dann zu einer nachhaltigen Reduktion und die Anzahl stagnierte schließlich bei österreichweit rund hundert Wohnbaugenossenschaften.

2. GEGENWART

Heute befinden sich die, im Regelfall »gemeinnützigen« Wohnbaugenossenschaften, im solidarischen Eigentum ihrer 440.000 Mitglieder. Sie besitzen, bewirtschaften und verantworten rund 370.000 Wohnungen in ganz Österreich, was einem Anteil von etwa 9% am gesamten Wohnungsbestand entspricht und sind so zu einem wesentlichen wohnwirtschaftlichen Faktor geworden, der in den Ballungsgebieten und hier insbesondere im Mehrgeschosswohnbau unverzichtbar geworden ist.

Wohnbaugenossenschaften sind Personengemeinschaften von grundsätzlich gleichberechtigten Mitgliedern, die ihre Angelegenheiten in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung regeln und deren Geschäftsbetrieb die Herbeiführung und nachhaltige Sicherung einer angemessenen Wohnversorgung ihrer Mitglieder anstrebt.

An einer Wohnbaugenossenschaft können sich, im Gegensatz zur sonst üblichen Praxis im Wirtschaftsleben, auch Personen mit geringem Vermögen beteiligen. Das anerkannte Nennwert-Prinzip sichert überdies den Bestand der Wohnbaugenossenschaft und schützt sie vor Aushöhlung ihrer Substanz.

Wenngleich das bestehende Spannungsfeld zwischen umfassender Mitgliederförderung auf der einen Seite und der dem öffentlichen Interesse dienenden Wohnungsgemeinnützigkeit sowie der Wohnbauförderung auf der anderen Seite, offenkundig ist, darf dabei nicht übersehen werden, dass die Mitglieder einer Wohnbaugenossenschaft durch die Übernahme gemeinnützigkeitsrechtlicher Bindungen und die Einhaltung jener besonderen Pflichten die aus der Inanspruchnahme der jeweiligen Wohnbauförderung resultieren, auch in den Genuss von erheblichen Begünstigungen kommen.

Dennoch ist klar zu sagen: Wohnbaugenossenschaften sind Teil privater Wirtschaftstätigkeit, sie sind keine öffentlichen Besitzstände.

3. EIGENTÜMER IST DIE SOLIDARGEMEINSCHAFT

Die Menschen haben ein Recht darauf, in spekulationsfreien Objekten zu wohnen, in Wohnhäusern, die nicht dazu die-

nen, privaten Investoren Gewinne zu ermöglichen. Die beschränkte Verfügbarkeit von Grund und Boden, und dies gilt in besonderem Maße für Ballungszentren, soll nicht der Spekulation dienen. Grund und Boden sollte in hohem Maße der Gemeinschaft verpflichtet sein und bleiben.

Jene kurze Zeitspanne, die Menschen auf Erden gegönnt ist, erlaubt kein zeitlich unbeschränktes individuelles Verfügungsrecht über Liegenschaften, die immer auch kommenden Generationen gehören. Genossenschaftlicher Besitz entspricht dieser Wesenseigentümlichkeit von Grund und Boden, er begründet einen der Solidargemeinschaft gehörenden Besitz. Einmal erworben, vernünftig gepflegt und bewirtschaftet, kann er so der Gemeinschaft sehr lange, sehr gute Dienste leisten.

Unternehmen im Eigentum ihrer Bewohner und Mitglieder bieten ruhigen, generationsübergreifenden Haus- und Grundbesitz auf Dauer und ohne Ertragsdruck. Sie garantieren eine Nutzungsüberlassung auf Lebenszeit und ohne Vermieterwechsel, denn die Tatsache, dass die Bewohner in Genossenschaftshäusern auch gleichzeitig – als Mitglieder – ihre eigenen Hauseigentümer sind, schützt sie auch davor, dass ihnen eines Tages ohne jede Mitsprachemöglichkeit ein Vermieterwechsel zugemutet wird. Eine Sicherstellung, die offensichtlich nicht einmal mehr Gebietskörperschaften anzubieten imstande oder willens sind.

Wohnimmobilien weisen bei positiver wirtschaftlicher Entwicklung, aber auch als Folge von Wohnraumknappheit oft ungewöhnlich hohe Wertsteigerungen auf. Während am Wohnungsmarkt in Österreich die Immobilie so nahezu ständig an Wert gewinnt, meist zu Lasten der Konsumenten versteht sich, bleiben diese »Wertsteigerungen« bei der Genossenschaft ohne jede Auswirkung. Auf diese Weise kommen die Mitglieder von Wohnbaugenossenschaften indirekt und laufend in den Genuss relativer Verbilligung, ein nicht zu unterschätzender Vorteil, der unmittelbar die Mitgliederhaushalte begünstigt.

Die Genossenschaft ist dennoch keineswegs ein bloßes Hilfsinstrument zur Vorteilsmaximierung ihrer Mitglieder, sondern stellt einen Wert an sich dar, als eine auf Dauer ausgegerichtete Selbsthilfeeinrichtung.

4. DOPPELNATUR

Das Wort »Gemeinschaft« rückt in den Vordergrund, will man das Wesen der Wohnbaugenossenschaft verstehen, denn eine ihrer zentralen Aufgaben ist die Gemeinschaftsbildung. Die Wohnbaugenossenschaft selbst ist gleichermaßen wirtschaftliches Unternehmen und soziale Gemeinschaft, sie nimmt die marktbezogenen Funktionen eines Wirtschaftsunternehmens ebenso wahr wie die gruppenbezogene Funktion sozialer Organisation, ihre ökonomische und meta-ökonomische Dimension ergänzt sich. Nicht zuletzt aufgrund dieser »Doppelnatur« liefert die Wohnbaugenossenschaft die überzeugendsten Ergebnisse bei Gestaltung nachbarschaftlicher Beziehungen. Eine Fähigkeit, die besonders bei Bildung der Hausgemeinschaft als kleinster sozialer Gruppe innerhalb der Genossenschaft zum Tragen kommt und eine Integrationsleistung darstellt, die auch bei der Integration von Problemgruppen einsetzbar ist.

Wohnbaugenossenschaften sind so Paradebeispiele eines ausgewogenen Verhältnisses privater sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Effizienz, eine Eigenschaft, die man heutzutage mit Recht bei vielen anderen Institutionen sehr schmerzlich vermisst.

5. SOLIDARISCHES WOHNUNGSEIGENTUM

Solidarisches Wohnungseigentum, das für die österreichischen Wohnbaugenossenschaften typisch ist, stößt oft selbst bei Freunden auf vollkommenes Unverständnis. Jene »kapitalistische« Denkweise, die Eigentum nur als individuell-egoistisches Herrschaftsrecht zu begreifen vermag und für solidarisches Eigentum keinen Raum lassen will, ist hier offensichtlich überfordert. Das solidarische Wohnungseigentum hat aber eben gerade deshalb weil es der Disposition durch den Einzelnen

entzogen ist, den Vorzug, nicht in individueller Bereicherung zu versickern, sondern es trägt sich fort und stiftet nachhaltig weiteren individuellen, sozialen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen weit über den gegenwärtigen Mitgliederkreis hinaus.

Die nachträgliche Übertragung von Wohnungen gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften in individuelles Wohnungseigentum, wie es manche politischen Kreise propagieren, ist so gesehen ein Schritt in die falsche Richtung von einer guten, dauerhaft nutzerorientierten Wohnversorgung unter Ausschluss privater Bereicherung, zur schlechteren gewinnorientierten Lösung, von einer »solidarischen« zu einer »entsolidarisierenden« Wohn- und Organisationsform.

6. DEMOKRATIE

Versteht man Demokratie nicht nur als eine Technik der Entscheidungsfindung, sondern gleichermaßen als einen Wert für sich, als Verhaltensprinzip und Lebensform, so erkennt man alsbald jene Aufgabe, die darin besteht mit dazu beizutragen, dass dieses Prinzip in alle Lebensbereiche einfließt. Denn wie so oft, bedarf es auch hier eines steten Lernprozesses und der ständigen Übung, um partizipative Verhaltensweisen selbstverständlich werden zu lassen.

In den Organen der Wohnbaugenossenschaft wird nach Köpfen entschieden: Ein Mitglied, eine Stimme. Im Vordergrund steht die aktive, persönliche Teilnahme des Mitgliedes und nicht die Kapitaleinlage. Bei aller verständlicher Skepsis und manch gegenteiliger Erfahrungen, hier ist die Mitwirkung notwendiger und erwünschter als bei allen anderen Wohn- und Unternehmensformen. Von Kritikern wird dabei gerne übersehen, dass die vielen unnötig detaillierten wohnrechtlichen Bestimmungen, den für Mitglieder gestaltbaren Raum überdies beachtlich einengen.

Auch die Größe der modernen Genossenschaft und der damit einhergehende Verlust an direkter Mitgliederbeteiligung wird oft beklagt. Richtigerweise kommt es schon rein mathe-

matisch mit zunehmender Größe einer Genossenschaft zu einem reduzierten Einfluss auf die Unternehmensführung. Aber allzu häufig wird die Genossenschaft auch am überholten, idealtypischen, organwirtschaftlichen Kooperativ gemessen und dabei verdrängt, dass Genossenschaften nur dann von ihren Mitglieder-Kunden geschätzt werden, wenn sie zumindest die qualitativ gleiche Dienstleistung erbringen können wie ihre erwerbswirtschaftlichen Mitbewerber. Eine Beschränkung der Betriebsgröße auf das überschaubarere Kooperativ ginge fraglos zu Lasten erforderlicher Effizienz und Qualität, und würde so notwendigerweise zur schlechteren, von den Mitgliedern nicht mehr akzeptierten Dienstleistung führen.

Bei Wohnbaugenossenschaften ist immer ein Mindestmaß an innerer Organisation erforderlich, man denke etwa nur an die regelmäßig stattfindenden Bewohnerversammlungen. Das bei derlei Zusammenkünften alle, aber auch wirklich alle Maßnahmen der Hausbewirtschaftung und Instandhaltung auch auf dem Prüfstand stehen, versteht sich von selbst.

7. EIN LETZTES

Die Globalisierung, aber auch die Europäische Union, so scheint es, führt zu einer Art »autoritärem Kapitalismus« und »neuem Liberalismus«, der nicht vornehmlich staatsbürgerlich- oder zivilgesellschaftlich wertvolle Eigenschaften fördert, sondern eher einen »stillschweigenden Konsens« darüber, dass es eben »Gewinner und Verlierer«, »Tüchtige und Versager« gibt. Eine demokratische Gesellschaft hingegen benötigt Einrichtungen der Selbstbestimmung, die auch eine Verantwortung für das Ganze zu übernehmen bereit und in der Lage sind. Wohnbaugenossenschaften sind solche Einrichtungen. 🌐

HERBERT LUDL

ist Vorstandsvorsitzender der »Sozialbau gemeinnützige Wohnungsaktiengesellschaft«, des größten gemeinnützigen Wohnungsunternehmens Österreichs und ist Obmann dreier Wohnbaugenossenschaften.



Banken und Staat

SCHWERPUNKT Die staatliche Bankenrettung im Zuge der Finanzmarktkrise hat einige Verschiebungen im Verhältnis von Banken und Staat nach sich gezogen. Maria Kader erklärt und bewertet diese Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund veränderter volkswirtschaftlicher Funktionen und Geschäftsstrategien österreichischer Banken und empfiehlt eine grundlegende Reform des Bankensektors.

Am 14.12.2009 erklärte sich der Staat Österreich bereit, die angeschlagene Hypo Group Alpe Adria (HGAA) um je einen Euro von den bisherigen Eigentümern inklusive ihrer ausfallgefährdeten Aktiva zu übernehmen. Nur ein Jahr zuvor wurde der Staat in gleicher Weise Eigentümer der über riskante Wertpapieranlagen gestolperten Kommunalkredit. Darüber hinaus ließ der Staat im Rahmen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes bis dato an die 7 Milliarden Euro in Form von Partizipationskapital, Gesellschafterzuschüssen, Kapitalerhöhungen usw. den österreichischen Banken als Unterstützung in der Finanzmarktkrise zukommen. Hinzu kommen noch Garantien auf Wertpapieremissionen in der bisherigen Höhe von nahezu 24 Milliarden Euro.

Auch wenn nicht alle diese Maßnahmen direkt budgetwirksam sind und aus der geleisteten Hilfe auch Einnahmen entstehen (z. B. in Form von Dividenden an das Partizipationskapital, Haftungsentgelten etc.), sind diese Zuwendungen des österreichischen Staates ökonomisch, aber auch politisch bedeutsam. Wie lässt sich diese plötzliche Umarmung der Banken durch den Staat erklären? Denn die vergangenen Jahrzehnte waren viel eher geprägt von einem Rückzug des Staates aus dem Bankwesen. Das öffentliche Eigentum an Banken wie der vormaligen Zentralsparkasse oder der Postsparkasse wurde sukzessive reduziert, und abgesehen von den jüngsten Verstaatlichungen gab es öffentliche Beteiligungen an Banken nur mehr bei einzelnen Landeshypothekenbanken (z. B. Hypo Tirol, Hypo Vorarlberg). Gleichzeitig wurde der Bankensektor in Österreich weitgehend liberalisiert und dereguliert.

WANDEL DER FUNKTION VON BANKEN

Mit dem Rückzug des Staates einher ging auch ein Wandel im wirtschaftspolitischen Verständnis zur Rolle und Funktion von Banken in Österreich. Bis spät in die 1980er-Jahre hinein war Österreich vom sogenannten Hausbankensystem geprägt, das seine Wurzeln in der Industrie- und Strukturpolitik der Nachkriegszeit hatte. Den Banken kam dabei eine spezifische volkswirtschaftliche Rolle zu, die vom Staat aktiv gefördert wurde: Dabei oblag es einerseits den Großbanken wie Länderbank und Creditanstalt, volkswirtschaftlich relevanten Industrieunternehmen Kapital zur Verfügung zu stellen und zwar häufig ohne vordergründiges Profitmotiv.

Andererseits kam kleinen Instituten, wie z. B. regionalen Sparkassen, die Aufgabe zu, Haushalten und Unternehmen in regionalen – mitunter wirtschaftlich schwachen – Gebieten Zugang zu Finanzmitteln zu ermöglichen. Daraus resultierte eine Kreditvergabe, die sich mehr an volkswirtschaftlichen als profitstärkenden Interessen orientierte: In Ländern mit Hausbankensystem ist es durchaus üblich, Kunden über den Konjunkturzyklus hinweg und zu nicht risikoadäquaten Preisen zu finanzieren (vgl. Jäger/Redak 2006, Kader 2005).

Einerseits werden also auch in ökonomisch schwachen Zeiten Kredite gewährt, obwohl das Ausfalls- und damit Ertragsrisiko steigt. Andererseits wurden Kredite in Österreich oftmals zu Konditionen (Zins, Sicherheiten) vergeben, die nicht dem Risiko des Kunden entsprachen. Begleitet wurde dieses Bankenmodell insbesondere in der Nachkriegszeit durch starke Regulierungen hinsichtlich der Kreditvergabe:

So gab es gesetzlich vorgeschriebene Zinsober- und -untergrenzen, das jährliche Wachstum des Kreditvolumens wurde staatlich vorgeschrieben und in die Geschäftsfelder der Banken interveniert.

Allerdings führte diese Kreditvergabetradition »at arm's length« zu einer Ertragsschwäche, mit denen auch vergleichbare Kreditsysteme wie das deutsche bis heute kämpfen. Im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft, der Privatisierung sowie der Kapitalmarktforcierung stieß dieses Modell an seine Grenzen: Insbesondere die börsennotierten österreichischen Banken (wie Erste Bank, Bank Austria, RZB) spürten den Renditedruck internationaler Investoren, sie reagierten darauf mit einer geänderten Geschäftsstrategie: »Wie in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten haben die Nichtzinserträge auch für österreichische Banken innerhalb kürzester Zeit enorm an Bedeutung gewonnen. In den vergangenen Jahren stieg der Anteil der Nichtzinserträge an den Betriebserträgen der Medianbank um mehr als 50%. Verantwortlich dafür ist neben der erfolgreichen Expansion in Mittel- und Osteuropa die steigende Abhängigkeit von Provisionserträgen« (Liebeg und Schwaiger 2006).

Das heißt nichts anderes, als dass die Banken in Österreich sukzessive vom traditionellen Geschäftsmodell, nämlich mit Kundeneinlagen Kredite an private Haushalte und Unternehmen zu finanzieren, abwichen und zunehmend in das Investmentbanking, bei dem hohe Provisionen zu lukrieren sind, einstiegen.

AUCH LOKALE KLEINBANKEN ALS ABZOCKER

Während der Strategiewechsel bei den Großbanken aufgrund internationalen Wettbewerbsdrucks und den Erwartungshaltungen internationaler Investoren erklärbar ist, stellt sich die Frage, warum auch viele kleinere und regionale Banken in Österreich ihr Geschäftsmodell – also die klassische Finanzierungsfunktion – zum Teil stark geändert haben. Zwar präsentieren sich kleinere und regionale Banken wie die lokalen

Sparkassen und Raikas, die Landeshypothekenbanken und Bausparkassen gerade in Zeiten der Krise als Hort der Stabilität und Sicherheit, doch ein genauerer Blick auf diese Institute zeigt, dass der Wandel im Bankgeschäft an ihnen nicht vorbeiging. Der Rückzug des Staates, die Liberalisierung der Finanzmärkte und die staatliche Forcierung der Kapitalmärkte ließen auch mittelgroße und kleinere Banken in neue Geschäftsfelder investieren.

Für den Sektor der Landeshypothekenbanken etwa, denen historisch die Aufgabe zukam, den lokalen Staat, also Länder und Regionen sowie den Wohnbau zu finanzieren, bedeutete das Ende der Landeshaftungen eine große Herausforderung. Aus Wettbewerbsgründen durften sich die Landesbanken nicht mehr länger über staatsgarantierte Emissionen finanzieren, das Ende dieser staatlichen Hilfe bedrohte somit die günstige Refinanzierungslage der Hypobanken. Die teurere Refinanzierung über den Interbanken- und Kapitalmarkt musste entsprechend lukrativ angelegt werden, was zum Aufbau risikobehafteter Aktiva bei so mancher Hypobank führte.

Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Hypo Group Alpe Adria (HGAA), einer Bank, die mit diesem klassischen Geschäft dieses Sektors nur mehr wenig am Hut hat: Von der aggressiven Expansion in den südost- und osteuropäischen Raum, der riskanten Kreditvergabe für großvolumige Projekte bis hin zu verbockten Swapgeschäften ließ die HGAA nichts aus. Ende 2008 musste sie im Rahmen des österreichischen Bankenrettungspaketes unterstützt werden und erhielt 900 Millionen Euro Partizipationskapital vom Staat. Jüngsten Medienberichten zufolge wird die HGAA nicht in der Lage sein, dieses in den kommenden Jahren bedienen zu können, da sie keine Gewinne schreiben wird.

Aber auch andere Banken haben den Wegfall staatlicher Regulierung und Unterstützung schlecht verdaut. Auf einen liberalisierten, freien Markt geworfen, sahen sie sich mit ihren niedrigen Margen aus dem Hausbankenprinzip nicht mehr

wettbewerbsfähig und zahlreiche österreichische Banken begannen, riskante Geschäftspolitiken umzusetzen. Zu diesen Geschäftspolitiken gehören insbesondere zwei Praktiken: der Aufbau riskanter Wertpapierportfolien sowie die Expansion nach Osteuropa.

Im Zuge der Finanzmarktkrise entpuppten sich die eingegangenen Risiken als schlagend. Vor allem zwei Fälle zeigten dies deutlich: die Zahlungsunfähigkeit der isländischen Banken und darauf folgend des Staates Island sowie der Zusammenbruch des US-Investmenthauses Lehman Brothers. Gegenüber Island und Lehman hatten österreichische Banken ein besonders hohes Engagement getätigt und zwar in Form hochverzinsten Kredite oder Anleihen. Vom Engagement bei Lehman erwarteten sich österreichische Banken einen Anteil an der Rendite, die Lehman im Investmentgeschäft erwirtschaftete, während das Interesse an isländischen Titeln darauf beruhte, dass die dortigen Banken in den letzten Jahren eine besonders aggressive Investmentstrategie verfolgten, die zwar hohe Renditen versprach, aber gleichzeitig – wie sich im Zuge der Krise herausstellte – auch hohes Risiko barg.

Dementsprechend drückte sich die Finanzmarktkrise vor allem in einem rückläufigen Provisionsgeschäft und einem deutlich negativen Finanzgeschäft seit Ausbruch der Krise aus. Viele der finanziellen Investitionen der Banken, darunter auch zahlreiche Investitionen in so genannte innovative Finanzinstrumente wie Verbriefungen und Derivate, verloren im Zuge der Krise massiv an Wert, und auch die österreichischen Banken mussten in diesem Bereich hohe Abschreibungen und Wertberichtigungen auf das Finanzaktiva-Portfolio vornehmen. Somit involvierten sich auch österreichische Banken, zumindest indirekt, in die weitaus riskanteren Strategien des Investmentbankings.

Zweitens expandierten österreichische Banken seit Mitte der 1980er-Jahre nach Osteuropa. Diese Periode ging mit einer Abkehr vom ursprünglichen Geschäftsmodell eigener

Neugründungen einher. Manche Banken vertrauten weiterhin auf organisches Wachstum, während sich andere an der ersten Privatisierungswelle staatlicher Banken beteiligten. Als sich zur Jahrtausendwende die ökonomische Lage in Zentral- und Osteuropa stabilisierte, expandierte auch das Bankwesen. Zu dieser Zeit gewann die Region für das österreichische Bankensystem durch rapide wachsende Direktkredite auch jenseits der Tochterbanken an Bedeutung. Heute halten österreichische Banken einen Marktanteil von beinahe 20% am Bankgeschäft in Zentral- und Osteuropa, was im Zuge der Finanzkrise internationale Aufmerksamkeit nach sich zog (vgl. Pühr et al. 2009). Dieses Interesse gilt vornehmlich den steigenden Kreditausfällen in der Region, die nach Umkehr des (oft kreditgetriebenen) Wirtschaftswachstums erwartet werden.

WARUM HELFEN BANKEN NICHT DEM STAAT?

Dass das als eine Überraschung kam, kann jedoch nicht behauptet werden, warnten doch internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) seit Jahren, und vor allem unabhängig von der Finanzkrise, vor einer Überhitzung der lokalen Kreditmärkte – angesichts der oft hohen zweistelligen Wachstumsraten keine besonders gewagte These. Dasselbe gilt für die Investitionen in Lehman und Island. Insbesondere vor Anlagen in isländische Titel warnten weltweit Analysten und Wirtschaftsmedien. Doch die hohe Rendite vor Augen, stellten sich etliche österreichische Banker taub und blind und verharmlosten das Risiko.

Auch heute noch, nach Ausbruch der Finanzmarktkrise, behaupten Bankvorstände in jeder zweiten Talkshow im Fernsehen, dass die österreichischen Banken unschuldige Opfer der Krise sind und sie keine Mitschuld trifft. Diese Rhetorik ist so erfolgreich, dass es sich bis heute sehr schwierig gestaltet, von den Banken einen Krisenbeitrag abzuverlangen. Während – wie anfangs erwähnt – der Staat in Milliardenhöhe den Banken Unterstützung zukommen ließ, kämpften Forderungen nach einer Bankenabgabe, nach Beschränkungen von

Managergehältern sowie von Dividenden in Österreich mit mangelnder politischer Unterstützung.

Warum hilft also in Österreich der Staat den Banken, aber nicht die Banken dem Staat? Die ökonomische Theorie hat – anders als für die meisten Märkte – prinzipiell einige Argumente für staatliche Interventionen in den Bank- und Finanzsektor. Wesentlichstes Argument ist, dass der Finanzsektor aufgrund seiner Finanzierungsfunktion für die Volkswirtschaft vorrangig gegenüber anderen Märkten ist und sein Zusammenbruch zum Zusammenbruch der restlichen Sektoren der Wirtschaft führt, da diesen die Finanzierungsmittel entzogen würden.

Dies rechtfertigt besondere Regulierung und staatliche Intervention, da ansonsten enorme volkswirtschaftliche Kosten entstehen würden, wie die jüngsten Finanzmarktkrisen gezeigt haben. Solange die Kosten der Regulierung und der staatlichen Intervention niedriger sind als die Kosten der Finanzmarktkrise, sind sich ausnahmsweise nahezu alle ÖkonomInnen einmal einig, dass es dieser staatlichen Eingriffe bedarf. Demnach hat der österreichische Staat richtig gehandelt, indem er den österreichischen Banken nach Ausbruch der Krise ein umfangreiches Hilfspaket zugute kommen ließ. Doch der Umfang, die Schnelle und auch die Bedingungen für diese Hilfe sind hinterfragenswert.

Dies betrifft schon den Beginn der Bankenrettungsaktion, der die Rettung der Constantia Privatbank betraf. Der Staat verlangte von den österreichischen Großbanken zwar, die über Misswirtschaft der Eigentümer gestrauchelte Bank zu übernehmen, vergab aber auf die risikobehafteten Aktiva der Constantia eine Garantie. Diese Staatshilfe mußte aufgrund der volkswirtschaftlich unbedeuteten Rolle der Constantia Privatbank (gemäß Bilanzsumme Rang 23 unter den österreichischen Banken) medial mehr als einmal gerechtfertigt werden. Als dann das Bankenhilfspaket geschnürt wurde, fiel auf, dass die Konditionen für die Staatshilfe sehr zugunsten

der Banken gestaltet wurden. Dies betrifft insbesondere die Zinsen für das Partizipationskapital, die unter dem Marktzins für derartiges Kapital lagen und letztendlich auch wirtschaftlich gesunden Banken billige Staatsknete verschafften.

Die Staatshilfe wurde auch – anders als in Deutschland – nicht an eine Beschränkung von Managerboni oder an den Zwang zur Bereitstellung von Krediten an die Volkswirtschaft geknüpft. Und letztendlich birgt die Verstaatlichung der Kommunalkredit und der Hypo Alpe Adria erhebliche finanzielle Risiken für den Staat, bei denen noch nicht klar ist, ob die daraus entstehenden Kosten nicht höher sind als im Fall einer Insolvenz beider Banken. Es ist auch fraglich, ob eine Gestio- nierung der beiden Institute durch den Staat sinnvoller ist als privatwirtschaftliche.

Warum sollte der Staat der bessere Eigentümer sein, wenn er im Fall der Kommunalkredit weniger um eine volkswirtschaftlich sinnvolle Ausrichtung der Bank bemüht ist als vielmehr die Bank auf Kosten des Staates saniert, um sie dann – gesundet und potent – wieder an den privaten Markt zu verscherbeln? Verstaatlichung einer Bank bedeutet nicht per se eine bessere Geschäftspolitik, da diese sehr von den jeweils wirtschaftspolitischen Interessen der Regierungsparteien abhängt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Welcher grundlegenden Reform bedarf es also, um einerseits der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Banken gerecht zu werden, andererseits aber den Staat nicht in die Geiselnhaft der Finanzindustrie geraten zu lassen?


Prinzipiell wäre es wünschenswert, der Aufsicht die Möglichkeit zu geben, in die Geschäftsfelder der Banken einzugreifen und in zahlreichen Fällen die Geschäftstätigkeit der Bank im Wesentlichen auf das klassische Kredit- und Einlagengeschäft zu beschränken, um den Banksektor auf seine grundsätzliche Funktion, der Finanzierung von produktiven

Sektoren, zu konzentrieren. Dem vorausgehen müsste eine breite öffentliche Debatte um die Aufgaben, Notwendigkeiten und Funktionen von Banken in der Volkswirtschaft. Damit einhergehend sind zusätzlich Rechenschaftspflichten gegenüber dem Parlament für Banken einzuführen, die entweder in staatlicher Hand sind oder im Zuge des Bankenrettungspaketes staatliche Hilfe bekamen.

Darüber hinaus wäre die Begrenzung der Größe des Finanzsektors ein weiteres Mittel, um die Auswirkungen von Finanzkrisen auf die übrige Wirtschaft und Gesellschaft zu verringern. Österreich gilt als *overbanked*, das heißt, zu viele Banken machen sich einen kleinen Markt streitig. Eine Marktberreinigung ist für Österreich durchaus überlegenswert, allerdings geht es dabei nicht um die Schließung von Filialen in abgelegenen Regionen, sondern um strukturpolitische Überlegungen, welche Banken in Österreich möglicherweise überflüssig sind (Aktienbanken, Landeshypothekenbanken).

Letztendlich ist eine der wesentlichsten Notwendigkeiten im Bereich der Regulierung des Finanzsektors die Mitsprache und Vertretung der Betroffenen. Denn die Krise hat letztendlich gezeigt, welche enormen Auswirkungen Finanzialisierungsprozesse auf die Gesellschaft haben. Eine adäquate Berücksichtigung der Gesichtspunkte und Haltungen von KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen in der Gestaltung der Rahmenbedingungen der Finanzsysteme ist aber kaum gegeben.

Wenn Finanzunternehmen und finanzielle Gesichtspunkte zunehmend die Unternehmensführung in der Industrie (Stichwort Shareholder Value) bestimmen, wird etwa gewerkschaftliche Mitsprache an den Regeln, die dafür gelten, entscheidend. Gerade die Finanzmarktregulierung ist aber in der EU exklusiv nur einer technokratischen Elite zugänglich (vgl. Mooslechner et al. 2006). Aktive Maßnahmen zur Mobilisierung von Gegengewichten zur Dominanz des Finanzsektors in seiner eigenen Regulierung und Beaufsichtigung wären not-

wendig, um eine Pluralität der Blickwinkel und Paradigmen in der Analyse von Marktgeschehnissen zu gewährleisten. 

MARIA KADER

ist Bankangestellte in Wien und Aktivistin des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
(BEIGEWUM, www.beigewum.at).

LITERATURHINWEISE

Jäger, J., Redak, V. (2006): Kreditvergabe- und Bepreisungsstrategien österreichischer Banken vor dem Hintergrund von Basel II, in: Finanzmarktstabilitätsbericht Nr. 12, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 102-115 | **Kader, M. (2005):** Risiko, Rating, Rendite: Zur Reorganisation der Kreditvergabe durch Basel II, in: Kurswechsel Nr. 2, 57-69 | **Liebeg, D., Schwaiger, M.S. (2006):** Determinanten der Zinsspannen österreichischer Banken, in: Finanzmarktstabilitätsbericht Nr. 12, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 116-130 | **Mooslechner, P.; Schuberth, H.; Weber, B. (2006):** The Political Economy of Financial Market Regulation, Cheltenham | **Puhr, Claus/Schwaiger, Markus S./Sigmund, Michael (2009):** Direct Cross-Border Lending by Austrian Banks to Eastern Europe, in: Finanzmarktstabilitätsbericht Nr. 17, Oesterreichische Nationalbank, Wien, S. 109-129



Wachstumswang durch Ungleichheit und Ungleichheit als Wachstumsbremse?

SCHWERPUNKT Die Ökonomen Simon Sturn und Till van Treeck untersuchen, warum steigende Ungleichheit sowohl Motor ökologisch belastender Wachstumsbedürfnisse als auch Ursache für schwaches Wirtschaftswachstum ist. Die Antwort: Alternativen zum konsumistischen Lebens- und Wirtschaftsstil und Arbeitszeitverkürzung.

Es erscheint widersinnig, mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten die Frage nach der Notwendigkeit von Wachstum zu stellen: Angesichts flächendeckend steigender Arbeitslosenzahlen erscheint nichts dringlicher als eine baldige Rückkehr kräftiger Produktionszuwächse. Denn selbst in den reichen Industrieländern verschärft die Krise das Paradox der »Armut, mitten im Überfluss«, das schon John Maynard Keynes anlässlich der Großen Depression der 1930er Jahre beschrieben hatte.

Zeitgleich steht die Menschheit vor großen Herausforderungen, deren Lösung durch immer weiteres Wirtschaftswachstum behindert werden könnte. Wirtschaftswachstum schafft und erhält zwar Einkommen und Arbeitsplätze, bedeutet aber – unter den gegenwärtigen Bedingungen – auch, dass allerhand Aktivitäten zunehmen, die mit negativen ökologischen Folgen verbunden sind. Aufgrund der ungleicher werdenden Einkommensverteilung profitieren auch immer weniger Menschen vom Wachstum. Viele haben außerdem den Eindruck, Wirtschaftswachstum äußere sich zunehmend darin, dass in mühsamer Arbeit viele »unnütze« Waren hergestellt werden und andere Facetten des Menschseins zu kurz kommen.

Wirtschaftswachstum kann also ein besseres Leben ermöglichen, es zugleich aber auch verhindern. Was sind die Dimensionen dieses Widerspruchs und wie kann die Politik darauf reagieren? Wir fassen unsere Überlegungen schematisch in vier Punkten zusammen.

1. Güterproduktion ist kein Selbstzweck: Laut allen ökonomischen Theorien ist mehr Freizeit und weniger

Arbeit eine attraktive Wahlmöglichkeit in hochproduktiven Volkswirtschaften.

Konsum oder Freizeit? Die Optimierungsaufgabe des neoklassischen Individuums. Im Zentrum der neoklassischen Theorie steht die Figur des/der selbstbestimmten Konsumenten/in. Das ökonomische Leben des Individuums besteht in der Lösung einer intertemporalen Optimierungsaufgabe: Welchen Anteil meiner Lebenszeit möchte ich mit Arbeit verbringen (deren Entlohnung mir – sofortige oder spätere – Konsummöglichkeiten eröffnet), und wie viel mit Freizeit (die mir den Genuss der Konsumgüter und nichtmarktwirtschaftlich vermittelte Betätigungen ermöglicht)? Wenn die Individuen ihre materiellen Konsumbedürfnisse weitgehend befriedigt sehen, werden sie auf Produktivitätssteigerungen, die sich in höheren Realeinkommen pro Arbeitsstunde niederschlagen, mit einer Reduktion der angebotenen Arbeitsstunden reagieren. Es kommt dann – gesamtgesellschaftlich – ohne weitere politische Eingriffe zu entsprechend geringerem Wirtschaftswachstum.

Keynes und die Lösung des »ökonomischen Problems«. Keynes wird oft auf seine Vorschläge zur staatlichen »Wachstumsankurbelung« beschränkt. Dabei zieht sich kaum ein Gedanke so systematisch durch das Keynesische Werk wie die Vorstellung, dass die Menschheit »das ökonomische Problem« insgesamt im Sinne einer Überwindung der materiellen Knappheit lösen kann.

Keynes erinnerte in seinem Artikel »Economic Possibilities for our Grandchildren« (1931) seine Zeitgenossen mitten in der Weltwirtschaftskrise daran, dass selbst bei vorsichtigen

Dieser Text ist erstmals in spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 177/2010, S. 15–20 erschienen.

Erwartungen bzgl. des technischen Fortschritts die Produktionskapazitäten der Industrieländer bald so groß sein würden, dass die materiellen Bedürfnisse ihrer Enkelkinder ohne große Mühe befriedigt werden könnten:

»Drei-Stunden-Arbeitstage oder eine 15-Stunden-Woche reichen völlig aus ..., um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen! ... Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch vor seine eigentliche Aufgabe gestellt sein – wie soll er seine Freiheit von bedrückenden wirtschaftlichen Sorgen nutzen, wie soll er seine Freizeit beschreiten, die die Wissenschaft ... ihm ermöglicht haben wird, um weise, angenehm und gut zu leben.«

Keynes glaubte jedoch nicht, dass dieser Prozess sich in spontaner Harmonie als Marktergebnis herausbilden würde. Vielmehr sei es notwendig, durch koordinierte Konjunktur-, Lohn- und Verteilungspolitik dafür zu sorgen, dass das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial nicht nur voll ausgeschöpft wird, sondern es auch so verteilt wird, dass nicht »Armut mitten im Überfluss« entstände.

Marx und das »Reich der Freiheit«. Wie viele Neoklassiker/innen und Keynes geht auch Karl Marx davon aus, dass das »Reich der Notwendigkeit« begrenzt ist und durch den technischen Fortschritt zurückgedrängt werden kann. Marx schreibt im »Kapital«, dass im »Reich der Notwendigkeit« nicht der Marktmechanismus, sondern »die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln« sollten.

Wie auch immer das zu verstehen ist: Das »Reich der Freiheit« beginnt laut Marx erst jenseits der »notwendigen« Güterproduktion, »da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also ... jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.« Zur Erreichung sei »[d]ie Verkürzung des Arbeitstages die Grundbedingung«.

2. Ein Hauptgrund dafür, dass viele Menschen so viel arbeiten und konsumieren (wollen), ist die hohe Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Macht.

Warum haben die Menschen ihre Konsumbedürfnisse in den letzten Jahrzehnten so deutlich ausgeweitet, anstatt den gigantischen Produktivitätsfortschritt viel stärker in mehr Freizeit umzuwandeln? Ökonomenobelpreisträger Joseph Stiglitz hat in dem Beitrag »Toward a General Theory of Consumerism« (2008) wichtige Gründe hierfür herausgearbeitet.

Ein erster Grund ist schlicht, dass die Realeinkommen vieler Menschen trotz des hohen Wachstums in den reichen Ländern in den letzten Jahrzehnten kaum gestiegen sind (vgl. Abschnitt 3 unten). Auch in reicheren Ländern müssen daher viele Menschen viel arbeiten, um ein Einkommen zu erzielen, das ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht.

Hinzu kommt, dass die Befriedigung aus dem Konsum sich oberhalb eines bestimmten Einkommensniveaus vor allem daraus ergibt, »mehr« als andere zu haben. Die Reichen arbeiten so viel, um den Abstand zu den Ärmeren zu verteidigen. Die Ärmeren dagegen arbeiten so viel, um mit den Reichen mithalten und um aus ihrer relativen Armut auszubrechen. Je mehr sich die Menschen in einer Gesellschaft über den Konsum definieren, desto mehr erhöht dieser Konkurrenzmechanismus die Arbeitsbereitschaft aller Gesellschaftsschichten.

Als einen weiteren wichtigen Grund für die scheinbar geringe Freizeitpräferenz vieler Menschen führt Stiglitz ein Koordinationsproblem an, das auf unterregulierten Märkten entsteht. Menschen verbringen ihre Freizeit gerne mit anderen Menschen. Wenn es aber – wegen mangelnder Arbeitsmarktregulierung – kaum noch feste Zeiten gibt, zu denen eine allgemeine Arbeitsniederlegung stattfindet (Abende,

Wochenenden, Ferien, Feiertage), sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Freizeit zusammen mit Freunden und Familienangehörigen verbracht werden kann. Der Wunsch nach mehr Freizeit verliert so seinen Reiz, hingegen steigt die Nachfrage nach Arbeit und isoliertem, kompensatorischem Konsum. Der freie Markt versagt und verhindert eine optimale Arbeit-Freizeit-Entscheidung nach Maßgabe der tatsächlichen Präferenzen der Individuen. Aus Sicht der Kapitalbesitzer/innen (die sowohl für möglichst wenig regulierte Arbeitsmärkte eintreten als auch marktfähige Güter verkaufen wollen) ist dies ein willkommener Nebeneffekt der zunehmend ungleichen Machtverteilung zwischen ihnen und der Arbeitnehmer/innenschaft.

Schließlich bricht Stiglitz mit einem großen Tabu der herrschenden ökonomischen Konsumtheorie, indem er die (für den gesunden Menschenverstand eigentlich selbstverständliche) Überlegung anstellt, dass individuelle Präferenzen stark kulturell beeinflusst sind: Eine stark auf Arbeit ausgerichtete, von großer Ungleichheit und ökonomischer Unsicherheit geprägte Zivilisation »verlernt« schrittweise den Genuss der schönen, sich selbst genügenden Dinge, wie den Wert des Kochens und langsamen Essens, des Beisammenseins, des Spiels, oder künstlerischer Tätigkeiten. Fast Food, Zigaretten, Medikamente und Fernsehen kompensieren die Einsamkeit des/der isolierten Arbeitnehmers/in. Der Verlust sozialer Bindungen und gemeinschaftlichen Lebens (in der Familie, in Nachbarschaften und sozialen Netzwerken) erhöht die Kosten des Lebensunterhalts (Wohnraum, Garten, Fortbewegungsmittel, Versicherungen, usw. werden weniger gemeinschaftlich genutzt). Werbung macht Menschen (von frühester Kindheit an) anfällig für Versprechen kurzfristigen Glücks durch Konsumgüter. Doch ein längerfristig erfüllendes Leben lässt sich nicht käuflich erwerben. »Kultur« muss erlernt werden, aber sie ist ein öffentliches Gut, und es besteht für private Unternehmen kein einzelwirtschaftliches Interesse an der Förderung einer Kultur, die einer immer weiteren Ausweitung materieller Bedürfnisse hinderlich wäre.

Diese theoretischen Überlegungen, deren Relevanz Joseph Stiglitz vor allem für die USA betont, werden empirisch von den Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett bestätigt. Sie zeigen in ihrem jüngst erschienen Buch »Gleichheit ist Glück« (2009), »warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind«. In Ländern mit hoher Ungleichheit – wie etwa den USA und Großbritannien – wird nicht nur mehr gearbeitet, weniger recycelt und mehr Geld für Werbung ausgegeben als in egalitäreren Gesellschaften – wie etwa den skandinavischen Staaten. Eine Reihe weiterer Faktoren zersetzt die Funktionsfähigkeit ungleicher Gesellschaften: Es kommt signifikant häufiger zu psychischen Erkrankungen, Fettleibigkeit, Teenagerschwangerschaften, Drogenabhängigkeit, Morden und Gefängnisstrafen. Hingegen sind die Lebenserwartung, der Bildungsstandard der Kinder, der Status der Frauen und die soziale Durchlässigkeit in egalitären Gesellschaften höher.

Diese Ergebnisse zeigen, dass das Wohlbefinden der Menschen in reichen Gesellschaften weitaus weniger vom Pro-Kopf-Einkommen als von der Verteilung des Wohlstands abhängt. Ungleichheit führt demnach zu einer Reihe sozialer Probleme, höherer Arbeitsbereitschaft, geringer ausgeprägtem Gemeinwesen und einer starken Definition des eigenen Status über Konsum.

3. Die ökonomische Ungleichheit muss aus sozialen und ökologischen Gründen reduziert werden; dies ist aber ohne Wachstum noch viel schwieriger als mit Wachstum.

Die Ungleichheit hat sich in den meisten reichen Ländern in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten dramatisch verschärft, Löhne und Einkommen vieler Haushalte sind trotz Wachstum kaum gestiegen. In den USA entfielen im Jahr 1978 auf das reichste Zehntel der Bevölkerung ca. 33% der Vorsteuer-einkommen der Privathaushalte. 2007 waren es ca. 50%. Der reale Medianlohn des durchschnittlichen männlichen Arbeitnehmers im Alter zwischen 30 und 40 Jahren war 2004 trotz

drei Jahrzehnten Wachstums niedriger als 1974. Nur eine kleine Oberschicht hat vom ökonomischen Wachstum der letzten drei Jahrzehnte profitiert.

In Deutschland waren die Einkommen traditionell gleichmäßiger verteilt als im Durchschnitt der Industrieländer. In den letzten zehn Jahren ist es aber zu einem dramatischen Anstieg der Ungleichheit gekommen. Die OECD stellte 2008 sogar fest: »Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land.« Die Einkommensarmut ist allein zwischen 1998 und 2008 um etwa 40% gestiegen. Rund 11,5 Millionen Menschen lagen nach neuesten Zahlen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) im Jahr 2008 unter der Armutsrisikoschwelle – dies entspricht rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Personen im unteren Zehntel der Einkommensverteilung hatten im Jahr 2008 real 8% weniger Einkommen zur Verfügung als im Jahr 2000, und das reale Medianeinkommen ist um knapp 2% gefallen. Im Jahr 2007 hielten die reichsten 20% der Bevölkerung knapp 90% der gesamten Vermögen der Privathaushalte. Auch in Deutschland profitierten im letzten Jahrzehnt nur die Reichen vom Wirtschaftswachstum.

Diese ökonomische Ungleichheit muss aus sozialen und ökologischen Gründen reduziert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass unsere Kultur derzeit stark auf die Beteiligung am Arbeitsmarkt und die Erwartung steigender Einkommen fixiert ist. Wenn Kultur über längere Zeit erlernt werden muss und das Erlernte gesellschaftliche Macht- und Einkommensverhältnisse widerspiegelt, kann aber gerade von ökonomisch benachteiligten Menschen nicht erwartet werden, dass sie sich »von heute auf morgen« über Konsumismus und eine hohe »Präferenz« für Arbeit und Einkommen erheben. Erst eine gleichmäßigere Verteilung von Macht und Einkommen dürfte das Klima erzeugen, das Aussicht auf eine weniger konsumistische und konfliktuelle Kultur verspricht. Vieles spricht dafür, eine solche Kultur auch mit Maßnahmen zu fördern,

die unabhängig von Wirtschaftswachstum sind. Aber ganz ohne Wachstum dürfte der Wandel hin zu einer egalitären und nachhaltigen Gesellschaft aus politischen Gründen nicht zu bewerkstelligen sein. Denn Wachstum entlastet den Staatshaushalt und eröffnet mehr Spielräume zur staatlichen Umverteilung. Auch allgemeine Arbeitszeitverkürzungen sind in der Vergangenheit zumeist in Perioden hohen Wirtschafts- und Lohnwachstums durchgesetzt worden. Ohne Wachstum lassen sich die Einkommen der ärmeren Haushalte nur erhöhen, wenn die Einkommen der reicheren Haushalte sinken. Das mag zwar manche/r befürworten, wäre aber mit großen ökonomischen und politischen Unwägbarkeiten verbunden.

4. Die Ungleichheit ist eine der wesentlichen Ursachen der Weltwirtschaftskrise und ein großes Hindernis für ein stabiles künftiges Wachstum.

Bisher haben wir argumentiert, dass die ökonomische Ungleichheit eines der Haupthindernisse für einen Übergang zu einem Wirtschaftsmodell ist, das weniger stark durch einen dysfunktionalen Konsumismus und den Zwang zum Wachstum geprägt ist. Wir sind außerdem der Auffassung, dass kurz- bis mittelfristig weiteres Wirtschaftswachstum nötig sein wird, um die Ungleichheit zu reduzieren und damit längerfristig die Chancen für eine weniger wachstumsorientierte und solidarischere Kultur zu steigern.

Zugleich setzt sich unter Ökonom/innen zunehmend die Auffassung durch, dass die extreme Zunahme der Ungleichheit in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht nur Folge der neoliberalen Politik war, wie es etwa Ökonomenobelpreisträger Paul Krugman in seinem Buch »Nach Bush« (2008) beschreibt, sondern eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist. Diese Zusammenhänge wurden an anderer Stelle ausführlich beschrieben (vgl. z. B. IMK-Report 41, 2009). Im Wesentlichen geht es darum, in den nächsten Jahren ein Wirtschaftsmodell zu schaffen, in dem eine ausreichend starke Expansion der realen Masseneinkommen eine

weniger krisenanfällige Wachstumsentwicklung ermöglicht, um – ggf. in Kombination mit gezielten Arbeitszeitverkürzungen – Vollbeschäftigung herzustellen. Ein solches Modell wäre weder auf den kreditfinanzierten Konsum und die steigende Überschuldung der unteren und mittleren Einkommensgruppen angewiesen (wie zuletzt in den USA), noch auf die immer weitere Steigerung der Exportfähigkeit bei binnenwirtschaftlicher Nachfrageschwäche im Zuge von extremer Lohnzurückhaltung (wie zuletzt in Deutschland).

Schlussfolgerungen


Es lässt sich nur beklagen, dass drei Generationen nach der Großen Depression das von Keynes beschriebene Problem der »Armut, mitten im Überfluss« noch immer nicht überwunden ist und im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise erneut dramatische Ausmaße anzunehmen droht. In den letzten Jahrzehnten ist aus der Sicht vieler Menschen das »Reich der Notwendigkeit« trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums wieder sehr dominant geworden. Weil in den letzten Jahrzehnten versäumt wurde, die Grundlagen für ein freiheitlicheres Wirtschaftsmodell zu legen, in dem Individuen optimale Konsum-Freizeit-Entscheidungen treffen können, ist unsere Kultur weiterhin stark durch den Wunsch nach steigendem Konsum und einer erfolgreichen Karriere auf dem Arbeitsmarkt geprägt.

Aus dieser Darstellung folgt aus unserer Sicht:

In der kurzen Frist muss eine Wirtschaftspolitik verfolgt werden, die rasch zur Überwindung der aktuellen Krise beiträgt und die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Ungleichheit bekämpft. Völlig kontraproduktiv ist es in diesem Kontext, wenn insbesondere in den Handelsbilanzüberschuss-Ländern (wie Deutschland) eine Politik der Lohnzurückhaltung und fiskalischer Restriktion verfolgt wird, das Gegenteil wäre dringend notwendig. Die reicheren Haushalte müssten über das Steuersystem viel stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden. Vollbeschäftigung und ein Ausbau der sozialen Sicherung versetzen die unteren Einkommensgruppen in eine verbesserte Verhandlungsposition

und erleichtern die Realisierung einer egalitäreren und post-materialistischen Gesellschaft. Verstärkt müsste bereits kurzfristig darauf geachtet werden, dass Wachstum auch umweltverträglicher gestaltet wird.

Zudem bedarf es mittelfristig der Entwicklung kultureller Alternativen zum jetzigen konsumistischen Lebens- und Wirtschaftsstil. Die Durchsetzung dieses Lebensstils ist nicht bereits durch eine egalitäre Verteilung von Einkommen und Macht garantiert. Hierfür ist insbesondere auch die politische Bildungsarbeit von Parteien, Gewerkschaften, NGOs, usw. eine weitere Grundvoraussetzung. Gleichzeitig sollten die Ausweitung des öffentlichen Raums, ein nicht auf Konkurrenz, sondern Kooperation basierendes Bildungssystem, die stärkere Forcierung wirtschaftsdemokratischer Elemente und insbesondere die Reduktion der Arbeitszeit das Erlernen einer weniger materialistischen Kultur unterstützen.

Wir können nicht einschätzen, wie viel Zeit aus ökologischer Sicht für den beschriebenen Richtungswechsel hin zu einem weniger wachstumsorientierten Wirtschaftsmodell bleibt. Auch wissen wir nicht, inwieweit Hoffnungen auf ein weniger umweltschädliches »qualitatives« Wachstum berechtigt sind. Wir können lediglich zur Kenntnis nehmen, dass die wissenschaftliche Forschung massive Kosten des Klimawandels für den Fall befürchtet, dass nicht bald ein deutlicher Kurswechsel eingeschlagen wird. Gleichzeitig sehen wir aus politökonomischer Sicht keinen Ausweg aus diesem scheinbaren Widerspruch: Die große Ungleichheit zwingt zu mehr Wachstum und behindert es zugleich. Erst durch mehr Wachstum wird eine effektive Stärkung der unteren Einkommensgruppen möglich, und weniger Ungleichheit reduziert schließlich die Notwendigkeit von Wachstum. Unklar ist freilich, ob die Umwelt solange warten kann. 

SIMON STURN UND TILL VAN TREECK

sind Wirtschaftswissenschaftler am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf.



Die »Wir«-AG

SCHWERPUNKT Der Prozess der wirtschaftlichen Transformation hat für viele ArbeiterInnen in Serbien alles verändert. War die »Selbstverwaltung« früher ein Markenzeichen der jugoslawischen Wirtschaftspolitik, begann in den letzten Jahren ein rasanter Prozess der Privatisierung, der vielfach mit Korruption, Arbeitsplatzabbau und sozialen Konflikten verbunden war. Dieser Beitrag dokumentiert das Beispiel eines Arbeitskampfes, an dessen vorläufigem Ende die Übernahme eines Betriebs in demokratischer Selbstverwaltung steht.

Während die Arbeiter geistig noch im Sozialismus waren, hat sich die neu entstandene Elite sehr gut im Kapitalismus eingelebt und sich auf die vorher vergesellschafteten und verstaatlichten Unternehmen gestürzt, ohne dass sie durch die Gewerkschaften oder dem Staat eingeschränkt wurden. Heute sehen viele die Transformation als großen Plan zur Neuverteilung des Vermögens, so dass es nicht verwunderlich ist, dass im Volk von der »Privatisierung unter Freunden« die Rede ist und die neuen Besitzer *Tajkune* genannt werden. Wie sehr der ganze Prozess von Korruption und Kriminalität begleitet war, zeigt die Tatsache, dass die meisten Unternehmen heute nicht mehr bestehen, oder durch gezielte Überschuldung ohne irgendeine Art von Produktion sind.

Dieser Tage erschien in der Tageszeitung *Politika* die größte Todesanzeige in der Geschichte nicht nur Serbiens, sondern aller Länder in der Umgebung. Es wurde bekannt gegeben, dass 10.000 Unternehmen, welche seit mehr als drei Jahren überschuldet und deren Konten daher gesperrt sind, liquidiert werden, was heißt, dass die AktionärInnen, zu einem großen Teil die eigenen ArbeiterInnen, um ihr Vermögen gebracht werden. Schlecht ausgebildete ArbeiterInnen ohne Schutz, ein am eigenen Kapital nicht interessierter Staat und die neuen Besitzer, nur auf Profitmaximierung aus, haben ein verheerendes Resultat in der serbischen Wirtschaft hinterlassen. Die Verantwortung der staatlichen Institutionen, insbesondere der Agentur für Privatisierungen (verantwortlich für den Verkauf von Unternehmen), sieht man am besten daran, dass sie die Privatisierungen so behandelt wurden, als handle es sich um

Immobilien und nicht um Unternehmen, von deren Arbeit die Existenz ganzer Regionen abhängt.

Seit dem Jahr 2002, als der Prozess der Privatisierungen begann, hat der Staat 2.291 Unternehmen privatisiert, aber 527 Verträge wieder zurückgenommen, weil sich die neuen Besitzer kriminell verhalten haben. Die Tragödie dabei ist, dass auch nach der Rücknahme der Privatisierung die Unternehmen schon so ausgeraubt worden waren, dass sie nicht mehr weiter produzieren konnten. Wenn die Einhaltung von Verträgen ein bürgerliches Recht ist und dieses in Serbien nicht gewahrt wird oder besser gesagt, die, die es brechen nicht bestraft werden, dann gibt es nichts, worauf die Hoffnung auf ein besseres Leben aufgebaut werden kann. Die ArbeiterInnen haben oft auch nicht die Illusion, dass sie bessere Zeiten erwarten. Das Problem ist, dass sie wenig dagegen unternehmen.

BEISPIEL JUGOREMEDIJA

In der Fabrik *Jugoremedija*, einer Pharmafabrik in Zrenjanin, haben meine Kollegen (ca. 200 an der Zahl) und ich nicht akzeptiert, dass wir nur Objekte in der Privatisierung sind, sondern haben uns aktiv eingemischt. Seit dem Jahr 2002 haben wir einen dreijährigen Kampf gegen unseren Mitbesitzer geführt, der uns mit dem Verkauf von 42% der Aktien vorgesetzt wurde. Er hat mit Unterstützung der Regierung widerspenstige ArbeiterInnen gekündigt, die Mehrheitseigentümer ignoriert (damals besaßen die ArbeiterInnen 58% der Aktien) und ist gegen Streiks und Proteste vorgegangen. Die Streikführer sind sogar verhaftet worden. Mit seinen kriminell-

1 Bei der Erstürmung des Parlaments und dem darauffolgenden Sturz von Slobodan Milošević am 5. Oktober 2000 waren ebenfalls Bagger an der Spitze gestanden.

len Handlungen hat er unsere Arbeitsplätze, unser Eigentum und unsere Existenz gefährdet. In einem ausdauernden und solidarischem Kampf haben wir es vor dem zuständigen Gericht geschafft, sein illegales Verhalten zu beweisen. So haben wir die Fabrik vor den Verfall bewahrt. Wir haben daher dafür gekämpft, dass Gesetze und Verträge eingehalten werden.

Der Kampf war im wahrsten Sinnes des Wortes ein Kampf, da wir öfters mit bezahlten Securitykräften des Besitzers zu tun hatten. Er hatte nur ein Ziel, nämlich so schnell wie möglich Profit zu machen und die Maschinen abzubauen und so die aufständischen ArbeiterInnen ohne Job zu lassen. Um das zu verhindern, während wir darauf warteten, dass uns das Gericht Gerechtigkeit widerfahren läßt, hatten wir keinen andere Möglichkeit als alle möglichen Mittel im Kampf einzusetzen. So mussten wir die Fabrik mit einem Bagger an der Spitze erstürmen. Der Bagger hat seit dem 5. Oktober 2000 in Serbien eine mythische Rolle.¹ Während des Gerichtsprozesses waren die ArbeiterInnen sich selbst überlassen, ohne Lohn und das Notwendigste, das man zum Leben braucht.

In dieser Situation war die Solidarität unsere größte Stärke, wir haben alles miteinander geteilt, denn das Ziel war das Überleben bis zum Gerichtsentscheid. Das wäre uns niemals gelungen, hätten wir nicht ein gemeinsames Ziel gehabt und es geschafft haben, sowohl untereinander als auch mit anderen Gruppen gut zu kommunizieren; egal ob es sich um andere BürgerInnen, Medien oder sogar den Staat gehandelt hat. In einem Moment wurde die Fabrik vom Besitzer verlassen, damit die Securities die Maschinen abtransportieren konnten. Wir haben in dieser Situation die Fabrik drei Monate lang Tag und Nacht bewacht.

Als das nicht funktioniert hat, sind die Securities des *Tajkuns* in die Fabrik eingedrungen und haben die Arbeiter vertrieben. So wie wir Schläge bekommen haben, haben wir sie auch ausgeteilt. Unser Ziel aber blieb, den Kampf vor Gericht zu gewinnen. Besonders dramatisch waren die letzten Tage


des Kampfes Anfang 2007, als wir bei größter Kälte verhindert haben, dass die Medikamente und Maschinen aus der Fabrik abtransportiert werden.

ÜBERNAHME UND SOLIDARITÄT

Mit dem Gerichtsentscheid, dass 58% der Fabrik ihnen gehören, konnten die ArbeiterInnen ihren eigenen Vorstand wählen und so in die Fabrik zurückkehren. Nach der Übernahme der Fabriksleitung folgten drei Jahre harter Arbeit und Verzicht, damit wir am Markt bestehen konnten. Gefährdet wurden wir durch die Monopolisten. Auf den Posten des Direktors haben die ArbeiterInnen ihren Kollegen Stravko Deurić gewählt, der schon an der Spitze der Proteste stand. In den Vorstand wurden ein Pharmazeut, ein Ökonom und drei langjährige Fabrikarbeiter aus verschiedenen Produktionsbereichen gewählt. Die Schulden, die der illegale Besitzer angehäuft hatte, waren sehr hoch, und die Maschinen veraltet. Durch einen hohen Grad an Solidarität und Verzicht, ohne dass die Löhne erhöht oder die Dividenden an die ArbeiteraktionärInnen ausbezahlt wurden, konnten wir alle Schulden zurückzahlen. Wir haben uns auch für wichtige Investitionen entschieden und konnten so die Produktion auf europäische Standards heben, sodass wir heute eine Fabrik für das 21. Jahrhundert haben.

Unser Kampf war ein Vorbild für andere ArbeiterInnen in ähnlichen Situationen, die nicht glauben, dass sie jemand retten kann, wenn sie nicht selbst für ihre Rechte und Interessen kämpfen. Der Marsch der ArbeiterInnen durch staatliche Institutionen war eine neue Idee der Aufständischen, sodass in Zrenjanin die ArbeiterInnenbewegung *Ravnopravnost* (Gleichheit) gegründet wurde, die bei den Kommunalwahlen vier lokale Abgeordnete und einen Stadtrat gewinnen konnte. So haben die ArbeiterInnen unserer Stadt den Weg von der Straße ins Parlament geschafft mit neuen Initiativen, die versuchen, das Problem der Deindustrialisierung zu lösen und das schlechte und korrupte System der Privatisierungen zu bekämpfen. Es ist uns gelungen, zu beweisen, dass in einer anderen Fabrik in Zrenjanin der Konkurs mit Absicht herbei-

geführt worden ist, damit sich der Besitzer der ArbeiterInnen und AktionärInnen entledigen kann. Es wurde ebenfalls eine Initiative zur Rückgabe von Eigentum an lokale Verwaltungen gegründet mit dem Wunsch, dass sich die Städte der Wiederbelebung von stillgelegten Fabriken annahmen. Es hat sich gezeigt, dass kleine und isolierte Gruppen, egal wie kämpferisch, nicht in der Lage sind, das System zu besiegen, sondern, dass das nur größere politische Gruppierungen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen vollbringen können.

Heute gibt es in Serbien mehrere ArbeiterInnengruppen und AktionärInnen, die sich nicht in die Rolle als Objekt und Opfer der Privatisierungen fügen wollen. Sie kämpfen nicht nur um ihr nacktes Überleben, sondern auch für ihre Rechte. Sie sehen sich als ebenbürtige PartnerInnen in allen Fragen, die die Wirtschaft unseres Landes betreffen. Deswegen glaube ich, dass der Kampf der Linken den ArbeiterInnen genaue und konkrete Lösungen anbieten muss, auch durch ihre Teilhabe an den verschiedenen Institutionen. Diese Arbeit an linken Ideen ist sicherlich mühsam und langwierig, aber das Resultat wird für die ArbeiterInnen positiv sein, durch die Änderung des politischen Klimas, das sie als gleichwertige PartnerInnen anerkennt. Das wird auch den Gewerkschaften einen größeren Freiraum verschaffen, die dann endlich den ihnen zustehenden ehrenhaften Platz in unserer Gesellschaft einnehmen können, der ihnen so oft abgesprochen wird. 

BRANISLAV MARKUŠ

ist Arbeiter bei **Jugoremedija** und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Serbiens (SDPS).

Der Beitrag wurde von **Senad Lačević** übersetzt.



Wohin des Weges?

VORWÄRTS ODER ABWÄRTS Der deutsche Politikwissenschaftler Franz Walter legt mit seinem im Frühjahr erschienen Buch eine ambitionierte Analyse der »Transformation der Sozialdemokratie« vor. Artur Streimelweger über ein Buch, das zum Kern des Problems sozialdemokratischer Parteien, nicht nur in Deutschland, vorstößt.

Es ist schon merkwürdig: Da führt die neoliberale Wirtschaftsweise die Welt an den Rand des Abgrundes, keynesianische Politikkonzepte erleben eine Renaissance und Regierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung eilen als Krisenfeuerwehr von einem Brand zum nächsten – und was passiert? Die Wähler danken es der Sozialdemokratie mit Liebesentzug und stärken ausgerechnet konservative und liberale Parteien – jene politischen Gruppierungen, die gemeinhin als die Bannerträger neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gelten. Die »multiple Krise«¹ ist zumindest auf europäischer Ebene um eine Facette reicher. Zur Krise von Wirtschaft, Finanzmarkt, Gesellschaft und Budget gesellt sich die Krise der Sozialdemokratie.

Ursachenforschung ist also angesagt. Warum gelingt es der Sozialdemokratie nicht, aus der gegenwärtigen Krise des neoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells Nutzen zu ziehen? Wie ist es möglich, dass zwar auf einmal alle über das Scheitern des Marktradikalismus sprechen, die »Luft voll sozialdemokratischer Themen und Antworten«² ist, die »Stunde der Sozialdemokratie«³ aber nicht und nicht kommen will? Was hindert die Sozialdemokratie daran, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und dem neoliberalen Paradigma eine kohärente glaubwürdige Alternative gegenüberzustellen? Warum indes all die Orientierungslosigkeit? Franz Walter hat darauf Antworten parat.

Viele haben schon den Versuch unternommen, den Ursachen für die Erosion der Sozialdemokratie auf den Grund zu gehen. Viele sind daran kläglich gescheitert, manche haben nur an der Oberfläche geschürft, nur wenige sind zum Kern der eigentlich nicht erst seit der Wirtschaftskrise bestehenden

Probleme vorgedrungen. Der Göttinger Politikwissenschaftler gehört zu letzteren. Er widmet sich in seinem kleinen, aber feinen Büchlein der »Transformation der Sozialdemokratie« und zielt damit zu erst einmal auf die SPD ab.⁴ Die kennt er als langjähriger Kommentator und sympathisierender Leidensgenosse wie aus der Westentasche. Die SPD dient ihm dabei als Reibebaum, sie ist Anschauungsbeispiel im Kleinen für den beklagenswerten Zustand des sozialdemokratischen Lagers im Großen. So sehr sich der Parteienforscher daher auch an der SPD abarbeitet, so sehr lassen sich seine Befunde auch in die Stammbücher ihrer Schwesterparteien schreiben.

UNTERGANG

Walters »fulminante Problemanalyse«⁵ setzt im Jahr 1973 an. Da begann die Welt der »alten Sozialdemokratie« unterzugehen und die Misere ihren Ausgang zu nehmen. 1973 markierte eine Art wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Wetterscheide. Bis dahin funktionierte das von den Sozialdemokratischen in Szene gesetzte Modell der Globalsteuerung der Wirtschaft wie am Schnürchen. Als nun aber die OPEC den Ölhahn zudrehte, kam plötzlich der zuvor noch auf Hochtouren laufende Konjunkturmotor gehörig ins Stottern, die Wirtschaft schlitterte in eine Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg rapide an und die Inflation kletterte in ungeahnte Höhen. Der Traum einer krisenfreien, einer auf kohärenten (wohlfahrts-)staatlichen Handlungsaktivitäten basierenden sozialdemokratischen Gesellschaft war ausgeträumt. Der von Vollbeschäftigung, Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und Einkommenssteigerungen genährte Fortschrittsoptimismus wich einer düsteren Zukunftserwartung. Nun, da die Instrumente aus dem Werkzeugkasten sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in der Krise keine Wirkung mehr zeigten,

- 1 BRAND, Ulrich: Sozialdemokratische Politik in der Krise, in: ZUKUNFT, 4/2010, S. 34
- 2 MÜNTEFERING, Franz: Die Luft ist voll sozialdemokratischer Themen und Antworten, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 11/2008
- 3 MEYER, Thomas: Editorial, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 11/2008
- 4 WALTER, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010
- 5 MISIK, Robert: Was ist eigentlich mit den Sozis los?, in: Der Falter, 31. 3. 2010

begann auch die Sozialdemokratie, »wie man sie zwischen 1870 und 1970 lang gekannt hatte«, unterzugehen.

MISSKREDIT

Mit dem Ende der »keynesianischen Verheißung« kam auch die ökonomische Kompetenz der Sozialdemokraten in Misskredit. Oder besser: wurde in Misskredit gebracht. Denn, was Mitte der 1970er einsetzte, war ein Kampf um die hegemoniale Vormachtstellung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Entwürfe. Wie das Gerangel ausging, ist bekannt: Der sozialdemokratische Keynesianismus verlor den Kampf der Ideen auf »ganzer Linie«. Als Sieger gingen die »Marktevangelisten«, die Propagandeaure neoliberaler, monetaristischer und neoklassischer Weltanschauung hervor.

Die Sozialdemokraten standen der Hegemonialstrategie der »Neoliberalen« hilflos gegenüber. Geschickt setzten letztere auf die Massenwirksamkeit, auf die Lufthoheit über den Alltagsdiskurs. Die Marktfundamentalisten warfen ihren Kontrahenten vor, die Verursacher und Auslöser der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise zugleich zu sein und appellierten, nachdem sie mit gezielten Angriffen den »ausufernden« und »ineffizienten« »Vollkaskostaat« sturmreif geschossen hatten, an mehr Eigenverantwortung und Selbstinitiative der »Fleißigen«, Leistungswilligen und Karrierebewussten. In dem Maße, wie die neoliberalen Ideologen die vormals sozialdemokratische Emanzipationsperspektive von ihrem gemeinschaftlich-klassenbezogenen Impetus entkernten und durch das Streben des Einzelnen nach individuellen Aufstiegschancen ersetzten, gelangt es auch, die Basismentalität des sozialdemokratischen Facharbeitermilieus anzusprechen und sie für die Verheißungen materieller und sozialer Besserstellung zu folgen.

Die Neoliberalen kaperten auf diese Weise die sozialdemokratische Chancenpolitik. Indem sie die Chance des gesellschaftlichen Aufstiegs dem leistungswilligen Individuum selbst in die Hände legte und es damit vom solidarischen Zusammenhalt aller abkoppelte, funktionalisierte der Neoli-

beralismus das sozialdemokratische Zukunftsversprechen zu seinen Diensten um. Um einen ihrer zentralen ideologischen »Gassenhauer« enteignet, stand die Sozialdemokratie im Abwehrkampf um die sozialstaatlichen Errungenschaften ohne intellektuell stringentem Paradigma da.

Es gehört zu den Vorzügen von Walters Bestandsaufnahme, diese hegemonialen Plattenverschiebungen meisterlich herauszuarbeiten, Transformationen, die eben nicht erst mit der neoliberalen Programmierung der SPD als »Neue Mitte« bzw. »Dritte Weg«-Partei begannen, sondern bereits mit dem Scheitern des Keynesianismus und dem daran geknüpften Glauben an staatliche rationale Steuerung der Wirtschaft ihren Ausgang nahmen. Das Narrativ und das geschlossene Gesellschaftsbild der Sozialdemokraten bekam bereits in den 1970ern erste ernstzunehmende Sprünge, gleichzeitig gab es da die neoliberalen »konterrevolutionären« Kräfte, die mit ihrem durchkomponierten Konzept auf breite gesellschaftliche Zustimmung zählen konnten. »Die Sozialdemokraten waren über Jahre nicht in der Lage, ihnen Paroli zu bieten«, schreibt Walter, was schließlich auch dazu führte, dass der Siegeszug des Monetarismus in der Regierungspolitik nicht erst unter CDU-Kanzler Kohl begann, sondern »zumindest tröpfchenweise« bereits unter Helmut Schmidt seinen Ausgang nahm.

SACKGASSE

Die Sozialdemokraten waren verunsichert – nicht nur in Deutschland. Bis auf wenige Ausnahmen waren konservative Parteien am Regierungsruder. Ein neoliberaler Dunst hatte sich über die Länder gelegt. Manche stimmten das Lied des »Endes der Sozialdemokratie« (Dahrendorf) an. Sie habe sich erübrigt, wurde behauptet. Mit der Verwirklichung ihrer sozialstaatlichen Ziele habe sie ihre historische Mission erfüllt und könne abtreten. Wie auf diese Abgesänge reagieren? Die Antwort der Totgesagten war der »Dritte Weg« und die »Neue Mitte«. Was folgte war keine kritische Bestandsaufnahme neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, sondern die Adaption zentraler Eckpfeiler derselben. Walter kritisiert

die programmatische Neuausrichtung der Sozialdemokratie, deren Speerspitzen SPD-Chef Schröder und New Labour-Frontmann Tony Blair waren, scharf. Der »Dritte Weg« war demnach nichts anderes als eine »Kapitulation der Sozialdemokratie vor den tragenden Elementen alt- und neoliberaler Sichtweisen«.

Das Primat der Märkte, Vorrang des Wettbewerbs, der Privatisierung, der »Modernisierung«, der Deregulierung und der Liberalisierung – all die neoliberalen Axiome gingen in den Programmfundus und die Regierungspraxis der »neuen« Sozialdemokraten ein. Von der propagierten Neupositionierung zwischen alter Sozialdemokratie keynesianischer Provenienz und Neoliberalismus kann für »Genossen Forscher«⁶, so die »Zeit« über Walter, daher keine Rede sein. Anstelle dessen: alter Wein in neuen Schläuchen. Und vor allem sollte die programmatische »Modernisierung«, mit dem gemeinsamen »Schröder-Blair-Papier«⁷ Ende der 1990er gekonnt in Szene gesetzt, nur den Überbau für das nachliefern, was die an der Regierungsmacht befindlichen »Dritte Weg«- und »Neue Mitte«-Sozialdemokraten bereits taten.

KNIEFALL

Für den Göttinger Parteienforscher war der »Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten« ein Kniefall vor den als Unvermeidlichkeiten dargestellten Prozessen der »Globalisierung«. Die »Globalisierung« wurde zum Fetisch. Sie war Realität und »mächtige Naturgewalt«. Die Nationalstaaten wurden zu »Wettbewerbsstaaten« um den attraktivsten Wirtschaftsstandort umfunktioniert. Dem Staat wurde dabei die Aufgabe zugewiesen, Wirtschaft und Gesellschaft für den internationalen Konkurrenzkampf fit zu machen. Den »neuen« Sozialdemokraten ging es daher nicht um eine Begrenzung der Märkte, sondern um die Forcierung marktwirtschaftlicher Kräfte. Darauf wurde alles ausgerichtet. Zentrales Instrument der Wettbewerbspolitik war die Qualifizierung des »Humankapitals«. Bildungspolitik avancierte zu einem entscheidenden Standortfaktor. Der nationale Wettbewerbsstaat sollte gezielt in die

Aus- und Weiterbildung des homo oeconomicus investieren. Chancengleichheit wurde zum geflügelten Wort. Die sozialdemokratische Bildungsoffensive sollte gleiche Startbedingungen garantieren. Walter führt hier seine Analyse nicht zu Ende. Das ist bedauerlich, zumal damit die mit der Propagierung der Chancengleichheit einhergehende Umwertung des Gerechtigkeitsbegriffs unerwähnt bleibt. Nicht mehr Verteilungsgerechtigkeit als traditionelles sozialdemokratisches Ziel, sondern Beteiligungs- oder Teilhabegerechtigkeit galt es anzusteuern. Stillschweigend wurde damit die soziale Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung akzeptiert und nur dort eingriffen, wenn es um die Hebung der Bildungschancen ging.

POLARISIERUNG

Doch selbst in der als sozialpolitisches Feld begriffenen Bildungspolitik sollten sich die Erfolge nicht so recht einstellen. Am Ende des »Dritten Weges« stand nicht mehr Chancengleichheit für die unteren und mittleren Schichten, um die die »neuen« Sozialdemokraten mit ihren Spindoktoren und Marketingexperten geworben hatten, sondern die forcierte Polarisierung und Ungleichverteilung der Einkommen.

Die »großen Gewinner« des »Dritte Weg«-Experiments waren die »Superreichen«. Lassen wir den gern gesehenen Kommentator in führenden deutschen Magazinen sprechen: »Niemals im 20. Jahrhundert hat sich in einer solchen Geschwindigkeit die soziale Ungleichheit, also die Diskrepanz zwischen den Einkommensverhältnissen oben und unten, so forciert wie in den sozialdemokratischen Regierungsjahren seit 1999.« Insofern entpuppte sich der »Dritte Weg« als »eine Art Blase. Als sie platzte war viel Vertrauen dahin«. Während sich die unteren Schichten in den Jahren des »Dritten Weges« mit »Hartz IV« und der Knute aktivierender Arbeitsmarktmaßnahmen konfrontiert sahen, zelebrierten »ihre Anführer währenddessen selbstgefällig, geradezu protzend einen neureichen Lebensstil, hofierten oft fast unterwürfig die Elite des Industrie- und Finanzkapitalismus«.

- 6 Die Zeit, 11.5.2005
 7 SCHRÖDER, Gerhard / BLAIR, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokratie
 8 MACHNIG, Matthias / RUDOLPH, Karsten: Die Neuvermessung der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2009
 9 Matthias Machnig war von 1999 bis 2002 Bundesgeschäftsführer der SPD.
 10 MACHNIG / RUDOLPH (2009), S. 67
 11 Vgl. Frankfurter Rundschau, 28.9.2009

Die Chancenrhetorik der sozialdemokratischen Eliten mochte daher für die Aufsteiger und Etablierten attraktiv erscheinen, für die vor gesellschaftlichem Abstieg Bedrohten, wirkte das aber wie blanker Hohn. Die Bilanz der versuchten Versöhnung der Sozialdemokratie mit dem Wirtschaftsliberalismus mündete somit nicht nur in einem »Geländegewinn des Marktes«⁸ und einer Zunahme prekärer und unterbezahlter Arbeitsverhältnisse, wie ein langjähriger Wegbegleiter des »Neuen Mitte«-Kurses der SPD wohlthuend eingestand⁹, sondern auch in einer zunehmenden Entrückung der sozialdemokratischen Führung von der gesellschaftlichen Realität.

GRASWURZELVERLUST

Dieser »Graswurzelverlust«, der sich in den Führungskadern sozialdemokratischer Parteien in Europa breit machte, war gleichsam Einfallstor für die Rechtspopulisten. Er war aber zugleich auch Produkt der eigenen erfolgreichen Regierungspolitik. So wie viele des sozialdemokratischen Milieus durch die Bildungsreformen des fordistischen Wohlfahrtsstaates sozial aufstiegen, so sehr spiegelte sich diese Entwicklung auch in einer zunehmenden Akademisierung und »Vermittelschichtung« der sozialdemokratischen Funktionärsstruktur und des Führungspersonals wider. Für Walter sind die europäischen Sozialdemokratien dadurch Parteien des öffentlichen Dienstes geworden.

Die Sozialdemokratie wurde Teil des Establishments. »Kaum noch jemand aus den Partieliten entstammt unmittelbar der Arbeiterschaft«, befindet Walter. Die sozialdemokratischen Eliten hatten sich so zunehmend von ihrer Stammwählerklientel entfernt. Auf der anderen Seite unterminierten die Erfolge vergangener sozialdemokratischer Politik jene der zukünftigen. Fortschritte in der Bildungs- und Gesellschaftspolitik hatten die soziale Durchlässigkeit befördert, gleichzeitig kam es dadurch aber auch zur gesellschaftlichen Fragmentierung und kulturellen Segmentierung. Solcherart nahm auch die gesellschaftliche und kollektive Bindekraft der Sozialdemokratie ab, das sozialdemokratische Lager begann

zu erodieren und mit ihm die Sozialdemokratie als »mobilisierungsfähige Organisation der kleinen und kleinsten Leute« selbst.

IDEELLE DEGENERATION

Mit der Auflösung der sozialen Klassen kam es zum Schwund der Wähler- und Mitgliederschaft. Die Antwort darauf war die erwähnte »Modernisierung« der Partei. Da man sich außerstande sah, strukturelle Mehrheiten zu organisieren, richteten die Strategieprofis ihren Fokus auf Bündnisse mit der gesellschaftlichen Mitte. Das Konzept ging auf – der Preis, den die SPD für ihre zwei Wahlsiege 1998 und 2002 bezahlte, war allerdings ein hoher. Die versuchte Bündnispolitik mit den »flexiblen« Mittelschichten wie auch der »angestrebte Kompromiss zwischen dynamischem Finanzkapitalismus, strauhelndem Sozialstaat und schwächelnder Demokratie«¹⁰ führte zu pragmatischer Beliebigkeit und programmatischer Aushöhlung. Franz Walter, der sich nach dem Rücktritt von Franz Müntefering 2009 um den SPD-Parteivorsitz beworben hatte, findet dafür harte Worte¹¹: Für ihn mutierte die auf »Progressivität«, »Reform« und »Professionalisierung« getrimmte Sozialdemokratie zu einer »Allerweltpartei«, der es einem gesellschaftspolitischen Ziel mangelte und dadurch letztlich ideell degenerierte.

Der ideologische und personelle »Graswurzelverlust« ging mit einem Verlust des »eigenen Vokabulars« und der »Deutungsgrammatik« einher. Welcher führende Sozialdemokrat setzte sich vor der globalen Wirtschaftskrise und den Rettungspaketen für die Finanzmärkte mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen auseinander, wer nahm gar das Wort »Kapitalismus« in den Mund? Als 2008 die Finanzmärkte und Wirtschaft gehörig ins Schleudern gerieten und nur durch keynesianische Feuerwehrmaßnahmen aufgefangen werden konnten, war die Luft plötzlich wieder »voll sozialdemokratischer Themen und Antworten«. Allein: Der Sozialdemokratie fehlten die Äußerungsformen, um »ihre« Themen glaubwürdig zu propagieren. »Der programmatische, personelle, orga-


12 WILKINSON, Richard / PICKETT, Kate: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009
13 Die Zeit, 25.3.2010

nisatorische und sprachliche Anpassungsprozess an die geistige Hegemonie des Neoliberalismus war seit den achtziger Jahren zu weit fortgeschritten«, analysiert Walter präzise. Und: Die Sozialdemokraten waren nicht glaubwürdig darin, die gesellschaftlichen Verwerfungen, die die neoliberale Politik über die Jahre hervorgerufen hatte, anzuprangern. Denn: Als Regierungspartei gehörten sie zu »politischen Mitvollstreckern« der neuen sozialen Ungleichheiten.

SOZIALE GLEICHHEIT

Die Zukunft der Sozialdemokratie sieht Walter deshalb nicht rosig: Zwar mögen da und dort ein paar Wahlen gewonnen werden, insgesamt sollte man aber »nicht unbedingt damit rechnen, dass das 21. Jahrhundert ein sozialdemokratisches sein wird«, lautet sein Schlusswort. So viel Pessimismus muss nicht sein. Dass die Sozialdemokratie nun die »Zeit für Gerechtigkeit« gekommen sieht und die Krisenverursacher an der Beseitigung der Folgeschäden beteiligen möchte, ist zu begrüßen und gibt Anlass zur Hoffnung, dass die gerechte Verteilung nicht nur auf die möglichst breite Verteilung der Lasten der Krisenfolgen abzielt, sondern eine der Kernursachen der wirtschaftlichen und finanziellen Turbulenzen ins politische Visier genommen wird – nämlich die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen. Das Meinungsklima für eine gerechtere, sprich gleichere Gesellschaft stünde günstig.

»Gleichheit ist Glück« nennen zwei britische Wissenschaftler ihre epochale Untersuchung, »warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind«.12 Dazu einer der beiden Autoren: »Spätestens seit der Finanzkrise wissen die meisten Menschen, dass es so nicht weitergeht. Sie spüren, dass unsere Gesellschaften härter, unnachgiebiger und unsozialer geworden sind. Sie sind beunruhigt über den materiellen Reichtum der wenigen und die sozialen Probleme der vielen. Sie wissen, dass ein besseres Leben in erster Linie von der Qualität soziale Beziehungen abhängt. Und die macht man nur besser, wenn man Einkommensunterschiede abbaut. Ungleichheit teilt eine

Gesellschaft und reibt sie auf. Ich glaube, wir brauchen wieder mehr Kooperation und Gegenseitigkeit. Die Menschen wollen größere soziale Gleichheit.«13 

ARTUR STREIMELWEGER

ist wohnwirtschaftlicher Referent im Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV). Der Artikel spiegelt die persönliche Ansicht des Autors und nicht notwendigerweise die des GBV wider.



Franz Walter
Vorwärts oder abwärts?
Zur Transformation der Sozialdemokratie
edition suhrkamp
141 Seiten
12,40 Euro



Open Government – let the sunshine in

NETZPOLITIK Das Schlagwort des Open Government geistert seit Jahrzehnten durch den anglo-amerikanischen Politikraum. Rudolf Legat wagt einen Streifzug über grundsätzliche Bedeutung und aktuelle Entwicklungen bei der Verwirklichung einer transparenten Verwaltungspraxis.

Verändert Open Government die Demokratie? Am 31. Mai 2010 titelte die BBC News: «David Cameron to make more government data available». Der britische Premierminister der neuen konservativ-liberaldemokratischen Regierung, David Cameron, hatte in einem offenen Brief seine Regierungsbehörden angewiesen, ihre Datenbestände der Öffentlichkeit im Wege des Internet zur Verfügung zu stellen.

In einem Podcast der 10 Downing Street Website ergänzte Mr. Cameron: »If there's one thing I've noticed since doing this job, it's how all the information about government – the money it spends, where it spends it, the results it achieves – how so much of it is locked away in a vault marked sort of private for the eyes of ministers and officials only. ...I think this is ridiculous. It's your money, your government, you should know what's going on. So we're going to rip off that cloak of secrecy and extend transparency as far and as wide as possible. ...By bringing information out into the open you'll be able to hold government and public services to account.«

Durch diese Anweisung des Regierungschefs wurde die gesamte «Buchhaltung» des Landes geöffnet. Jeder Bürger hat künftig das Recht und die technischen Möglichkeiten, zu sehen, was mit seinem Steuergeld geschieht. Doch das neue britische Regierungsprogramm enthält noch weitere Überraschungen:

- Die Bezüge eines jeden Staatsdieners, der mehr als der Premierminister verdient, bedürfen der Genehmigung des Finanzministeriums.
- Lobbying soll durch ein Lobbyisten-Register reguliert werden, das mehr Transparenz bringen soll.

- Spenden an Parteien sollen limitiert und die Parteienfinanzierung neu geregelt werden. Dadurch soll der Einfluss großer Unternehmen auf die Politik minimiert werden.
- Es sollen neue Schutzmechanismen für Whistleblowers (Geheimnisträger, die ausplaudern) im öffentlichen Sektor geschaffen werden.
- Der zentrale Einkauf für öffentliche Stellen soll vorangetrieben werden, um Kosten zu sparen. Alle Regierungsverträge für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sollen veröffentlicht werden.
- OpenSourceSoftware soll die gleichen Chancen bekommen wie kommerzielle Software. Große IKT-Projekte sollen in kleinere Teilprojekte zersplittet werden können.
- Die Zentralregierung veröffentlicht alle Verträge, die Ausgaben von über 25.000 Pfund (30.031 Euro) zur Folge haben werden.
- Es wird ein »Recht auf Daten« geschaffen, sodass jeder Zugang zu öffentlichen Datensätzen und deren regelmäßige Veröffentlichung verlangen kann.
- Protokolle aller Sitzungen der öffentlichen Hand sollen – versehen mit Rechenschaftsberichten – veröffentlicht werden.
- Alle Gemeinderäte werden dazu verpflichtet, Ausgaben über 500 Pfund (600 Euro) zu veröffentlichen. Das gilt auch für Verträge und Ausschreibungen.
- Alle öffentlichen Daten sollen in einem offenen und standardisierten Format bereit gestellt werden, das von jedermann einfach und kostengünstig genutzt werden kann.
- Ein umfangreiches Programm soll die substantielle Erosion von Bürgerrechten beobachten und umkehren.
- Ein Gesetz soll eingeführt werden, mit dem die Freiheit der Bürger neu festgeschrieben wird.
- Das Gesetz zur Informationsfreiheit (Auskunftspflicht der

Behörden gegenüber dem Bürger) wird ausgeweitet, um noch mehr Transparenz zu ermöglichen.

- Die Gesetzgebung hinsichtlich der Meinungsfreiheit soll noch liberaler werden.
 - Überwachungskameras sollen eingeschränkt werden.
 - Der Vorratsdatenspeicherung wird der Kampf angesagt.
- [0] [1] [2] [3]

Der staunende, demokratiepolitisch interessierte österreichische Leser fragt sich nun: »Ist das ein Einzelfall oder ist dies ein Mosaikstein einer weltweiten Bewegung?« Begegnen wir hier tatsächlich dem Phänomen, dass die österreichische Sozialdemokratie von einer konservativ geführten Regierung links überholt wird?

DAS WEB BRINGT VOLLE TRANSPARENZ

Mr. Cameron folgt mit seinen Bemühungen, die Prinzipien von Open Government und Open Data als Regierungsprogramm in die politische Realität umzusetzen, dem Beispiel von us-Präsident Barack Obama. Dieser hatte am Tage seiner Amtsübernahme am 21. Jänner 2009 in einem Memorandum an seine Regierungsbehörden die Grundsätze seiner Amtsführung festgelegt: »Government should be transparent, participatory and collaborative.«

Sein Versprechen, für mehr Offenheit, Transparenz, Zusammenarbeit und Überprüfbarkeit im Verwaltungsapparat zu sorgen und der Öffentlichkeit den Informationszugang per Internet zu erleichtern, wurde mit der Open Government-Richtlinie vom 8. Dezember 2009 umgesetzt. Diese enthält eine Reihe von konkreten Anforderungen, die von Regierungsressorts und nachgeordneten Behörden innerhalb von 45 bis 120 Tagen zu erfüllen sind:

- In 60 Tagen muss jede us-Bundesbehörde eine Open-Government-Website haben und
- innerhalb von 120 Tagen eine individuelle Strategie für Internetkommunikation entwickeln.
- Jedes Regierungsressort muss ein eigenes Online-Informati-

onsangebot für seine spezifischen Bemühungen und erreichten Ziele rund um Open Government aufbauen.

- Es wird ein an whitehouse.gov angegliedertes Portal eingerichtet, das als Sprungbrett zu diesen Seiten dienen soll.
- Nach 90 Tagen erfolgt eine Überprüfung und Bestandsaufnahme der erfolgten Tätigkeiten rund um einen offeneren Verwaltungsstil.
- Am Ende der abgesteckten Fristen müssen alle der Regierung unterstehenden Behörden ein Konzept vorlegen, wie sie die Philosophie von Open Government langfristig in ihr Handeln integrieren wollen.

Dem gelernten Österreicher fällt bei diesem Vorgang erst einmal die enorme Umsetzungsgeschwindigkeit auf: Hier ist von 45 bis 120 Tagen und nicht Monaten oder Jahren die Rede. Zum Vergleich: Die Uhren ticken in der EU wesentlich langsamer. Am 19. November 2009 einigten sich die EU-Minister in Malmö darauf, dass elektronische Behördendienste in Europa bis 2015 zugänglicher, interaktiver und nutzerfreundlicher werden sollen. Von der sportlichen Dynamik der Obama-Administration profitiert auch das wertvollste Element dieser Strategie: das Datenportal <http://data.gov>. [4] [5] [6] [7] [8]

»Data.gov«, die »Mutter aller Datenportale« feierte am 28. Mai 2010 ihren ersten Geburtstag: [9] Dass andere Länder auch in Zeiten der Wirtschaftskrise und knapper Haushaltskassen in der Lage sind, hier andere Prioritäten zu setzen und auch immer wieder nach zu legen, ist am besten an der Open Government Initiative in den USA zu sehen. Die »Mutter aller Open Data Portale« <http://data.gov> feierte ihren ersten Geburtstag und erhielt als Geschenk von ihren Schöpfern ein neues Kleid.

Die Anzahl der seitens der Behörden angebotenen Datensätze stieg in dieser Zeit von 47 auf 272.677. Die Zugriffe auf das Portal hat die 100 Millionen bereits überschritten. Am häufigsten nachgefragt sind – wenig überraschend – Daten aus dem Bereich Geographie und Umwelt.

DIGITALE AGENDA FÜR EUROPA

Die Europäische Kommission hat am 19. Mai 2010 die digitale Agenda vorgestellt. Sie beschäftigt sich mit dem möglichen Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologie zu Bereichen wie Binnenmarkt, Forschung, Berufsbildung, Umweltschutz.

Schon in den letzten 15 Jahren war die Hälfte der Produktivitätssteigerungen in Europa den Informations- und Kommunikationstechnologien zu verdanken, und dieser Trend dürfte sich weiter beschleunigen. Die Agenda sieht sieben vorrangige Aktionsbereiche vor: Schaffung eines digitalen Binnenmarkts, größere Interoperabilität, Steigerung von Vertrauen und Sicherheit im Internet, viel schnellere Internetverbindungen, mehr Investitionen in die Forschung und Entwicklung, Verbesserung der digitalen Kompetenzen und Integration sowie Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimawandel und Bevölkerungsalterung.

Laut der Agenda müssen die Gesetze und Vorschriften in den Sektoren E-Commerce, Gesundheitswesen, Urheberrecht und technische Standards europaweit harmonisiert werden. »Ich kann einem europäischen Bürger nicht erklären, warum es einfacher ist, Produkte und Dienstleistungen online in den USA zu erwerben als gleich um die Ecke in einem EU-Mitgliedsstaat«, sagte die zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes. [10] [11] [12]

OPEN GOVERNMENT IM WAHLPROGRAMM

Der breiten politischen Diskussion in USA und Großbritannien über Transparenz in Politik und Verwaltung wird sich auch die Politik in Deutschland und Österreich auf Dauer nicht entziehen können. Erste Anzeichen dafür sind schon bemerkbar. Das Landeswahlprogramm 2010 der nordrhein-westfälischen SPD ist ein Beginn. Zum Thema Open Government und Open Data heißt es dort auf Seite 49/50 im Absatz »Neues Regieren« [13]:

»Wenn Sozialdemokraten in NRW wieder regieren, werden wir eine offene partizipative und transparente Landesregierung und -verwaltung sein. Durch die kostenfreie Bereitstellung öffentlicher Daten und Informationen in maschinenlesbaren offenen Formaten wollen wir das Zusammenwirken des Landes mit seinen Bürgern im Rahmen einer Open Government-Initiative auf eine neue Stufe heben.

Wir werden dadurch zu neuer Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln kommen, damit die Öffentlichkeit die Arbeit ihrer Regierung und Verwaltung besser nachvollziehen, weiterverarbeiten, analysieren und bewerten kann.

Wir werden dadurch die Partizipation fördern und wollen gut informierte Bürger und gesellschaftliche Institutionen so in die Gestaltung unserer Demokratie und ihrer Institutionen einbeziehen, von Ihnen Verbesserungsvorschläge aufnehmen und Innovationen beisteuern lassen.

Wir wollen so die Zusammenarbeit mit und in der öffentlichen Verwaltung effizienter gestalten. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Behörden auf allen Ebenen und in Partnerschaft und Kooperation mit externen Einrichtungen setzt die Bereitstellung von Informationen und Daten in offenen und verarbeitungsfähigen Formaten voraus.

Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit werden wir für alle landespolitischen Initiativen als Richtschnur verstehen und in der konkreten Ausgestaltung berücksichtigen.

Wir wollen in der Staatskanzlei im Range eines Staatssekretärs oder als Minister mit besonderen Aufgaben einen »Chief Technology Officer« einsetzen, der die Querschnittsaufgabe des E-Governments übernimmt und gesellschaftliche Debatten über den Umgang mit und im Netz mit gestaltet. Wir werden regelmäßig Wettbewerbe durchführen, bei denen Entwickler unter Verwendung öffentlich bereitgestellter Da-

ten Applikation erstellen, die zu Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit beitragen.«

Die SPD NRW hat den Wahlsieg nur um wenige tausend Stimmen verpasst. Ein möglicher Grund ist das Antreten der Piratenpartei NRW, welche sehr energisch den gläsernen Staat einfordert. Der Wahlerfolg blieb zwar hinter den Erwartungen zurück, erkennbar ist aber, dass die Stimmen für die Piraten der SPD NRW einen komfortablen ersten Platz in der Parteienlandschaft ermöglicht hätten.

Die emanzipatorischen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, insbesondere die Öko-Bewegung, (Zwentendorf, Hainburg etc.) haben erstmals gezeigt, dass die junge politische Intelligenz den etablierten Parteien neue Themen vorgibt und auch aufzwingt. Die gesellschaftspolitische Bewegung hin zu mehr Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit durch Web 2.0-Technologien wird nun wiederum von Kräften außerhalb des politischen Establishments erkannt und aktiv vorangetrieben. Dies wird die Arbeit in Regierung und Verwaltung in Österreich im nächsten Jahrzehnt grundlegend verändern.

Das nächste Beispiel für den bereits sichtbaren Wandel ist den Beschlüssen der Piratenpartei Rheinland Pfalz entnommen. Die gewählten Formulierungen bringen die politischen Forderungen »Offene Daten für mündige Bürger« sehr gut auf den Punkt.

Die Piratenpartei Rheinland Pfalz fordert [14]: »Der Zugang zu Wissen und Information ist die Grundlage für unsere freiheitlich-demokratische Informations- und Wissensgesellschaft. Wir PIRATEN fordern daher eine Stärkung der Informationsfreiheit und einen freien und offenen Zugang zu allen staatlichen und staatlich geförderten Informationsbeständen. Informationsfreiheit ist Bürgerrecht! Die alte Weisheit ›Wissen ist Macht‹ gilt in der Informationsgesellschaft mehr denn je. Nur wer umfangreich informiert ist, kann fundierte Ent-

scheidungen fällen. Eine umfassende Information von Bürgern und Bürgerinnen ist auch Voraussetzung für politisches Engagement und demokratische Kontrolle der vom Volk legitimierten Macht. Jeder Bürger kann staatliche Angaben selbst überprüfen, aus neuen Blickwinkeln betrachten und neue, vorher unbekanntes Zusammenhänge entdecken. Dies führt zu einer Demokratisierung der Informationskanäle und erhöht die Kontrollmöglichkeiten der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat. Gemäß dem Mehr-Augen-Prinzip können Angaben gemeinschaftlich besser überprüft, Entscheidungen hinterfragt und kritisiert werden. Verbesserungsvorschläge können von Allen erarbeitet werden und die besten Lösungen können umgesetzt werden. Dem Missbrauch und der Willkür Einzelner wird vorgebeugt. Moderne Verwaltung mit offenen Daten! Staatliches und staatlich finanziertes Wissen muss allen Bürgern zur Verfügung stehen und darf nicht länger großen Teilen der Gesellschaft vorenthalten werden. Die heutige Informationspolitik schließt wertvolle Daten in Aktenschränken oder nicht allgemein verarbeitbaren Dateiformaten ein. Bürger bekommen wichtige Informationen nur auf Nachfrage. Wir wollen das Potential der weltweiten Vernetzung ausschöpfen und fordern offene Schnittstellen zum Abruf aller Daten für jedermann.«

DAS SCHWEIZER BUNDESGESETZ

Ende 2004 beschlossen die eidgenössischen Räte mit dem Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung (BGÖ)¹, dass jeder Person das Recht zustehen soll, Einsicht in amtliche Dokumente der Bundesbehörden zu nehmen. Damit wurde in der gesamten Bundesverwaltung ein eigentlicher Paradigmenwechsel beim passiven Informationsverhalten eingeleitet. Galt bislang der Geheimhaltungsgrundsatz, nachdem jedes Dokument, das nicht ausdrücklich als frei zugänglich bezeichnet worden war, als geheim deklariert wurde, so gilt mit dem Öffentlichkeitsprinzip jedes Dokument als frei zugänglich, das nicht unter eine der abschliessend umschriebenen Ausnahmen fällt. Wie der Bundesrat in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte vom 12.

Februar 2003 darlegte, soll mit dem Öffentlichkeitsprinzip die Transparenz der Verwaltung gefördert werden. Er erhofft sich davon u. a. eine Stärkung der demokratischen Rechte, eine Erhöhung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und mithin eine bessere Akzeptanz seiner Tätigkeiten. Innerhalb der Verwaltung soll das Öffentlichkeitsprinzip einen eigentlichen Kulturwandel bewirken. Anstelle der bisherigen Geheimhaltung soll ein offenes Informationsverhalten treten. Das dadurch veränderte Bewusstsein im Umgang mit Informationen soll sich u. a. bereits in der Herstellung der Dokumente niederschlagen, die grundsätzlich auf die Offenlegung ausgerichtet werden sollten. Des Weiteren wird als Folge des Öffentlichkeitsgesetzes auch eine klarere Regelung der Dokumentenführung in der Verwaltung erwartet, was sich positiv auf die Koordination, auf die Leistungsfähigkeit und auf die Wirksamkeit des staatlichen Handelns auswirken sollte. [15] [16]

PLATTFORM DIGITALES ÖSTERREICH

Die Plattform Digitales Österreich unter der Leitung des Bundeskanzleramts sieht in ihrer Strategie Leitbild – Grundsätze – Visionen 2020 nach dem Vorbild der Obama-Administration zum Thema Open Data unter dem Titel Partizipation und interaktive Informationssysteme die Bereitstellung von ausgewählten öffentlichen Rohdaten für die Wirtschaft vor. [17]

Was bedeutet nun das Öffentlichkeitsprinzip? Was bringt es mir als Bürgerin/Bürger? [15] Ein Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ) bringt der Bundesverwaltung den Wechsel vom bisher geltenden Geheimhaltungsgrundsatz hin zum Öffentlichkeitsprinzip. Das bedeutet mehr Transparenz, einfacheren Zugang zu amtlichen Dokumenten und dadurch für die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes gestärkte demokratische Kontrollrechte. Ziel des Gesetzes ist es, den Kommunikationsgrundrechten bzw. der Informationsfreiheit besser Rechnung zu tragen. Als Beginn des Paradigmenwechsels in den Umweltverwaltungen der EU-Mitgliedsstaaten hin zu mehr Transparenz wird die

erste Umweltinformationsrichtlinie 90/313/EWG aus dem Jahr 1990 angesehen. Diese verlieh der Öffentlichkeit erstmals das Recht, weitreichende Auskünfte von den Behörden zu verlangen. Dieses passive Recht (auf Anfrage) wurde in der zweiten Umweltinformationsrichtlinie 2003/4/EG noch um eine aktive Komponente verstärkt. Das bedeutet, dass die Umweltbehörden verpflichtet sind, Informationen systematisch und umfassend pro aktiv über elektronische Medien (Internet) bereit zu stellen. [18]

Der erweiterte Zugang der Öffentlichkeit zu umweltbezogenen Informationen und die Verbreitung dieser Informationen tragen dazu bei, das Umweltbewusstsein zu schärfen, einen freien Meinungs austausch und eine wirksamere Teilnahme der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren in Umweltfragen zu ermöglichen und letztendlich den Umweltschutz zu verbessern. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zu mehr Transparenz und Bürgernähe in der Umweltverwaltung in Österreich geleistet.

Zu den demokratiepolitischen Auswirkungen der Informationspflicht im Umweltbereich hält die Fachliteratur fest, dass der Grundgedanke, der Zugang zu Umweltinformationen führe zu einer Verbesserung des Umweltniveaus, fuße insbesondere auf Überlegungen zu fünf Themenbereichen, die als umwelt- und demokratiepolitisch relevant identifiziert wurden (nach Büchele/Ennöckl 2005): [19]

1. Kontrollwirkung: Effektiver Rechtsschutz für die Bürger setzt voraus, dass diese über die entscheidungswesentlichen Informationen verfügen. Durch den Zugang zu Umweltdaten wird dem Einzelnen die Möglichkeit eingeräumt, die Einhaltung des Umweltrechts zu kontrollieren und Vollzugsdefizite aufzuzeigen. Das Umweltinformationsrecht führt so zu einer dezentralen und effektiven Kontrolle behördlicher Tätigkeiten durch die Öffentlichkeit.

2. Partizipationswirkung: Der Anspruch auf Bekanntgabe der entsprechenden Daten erhöht die Transparenz und ermög-

licht eine verstärkte Öffentlichkeitsbeteiligung an behördlichen Entscheidungen. Der Zugang zu Umweltinformationen ist daher auch ein Schritt in Richtung einer Partizipation und Demokratisierung des Umweltrechts.

3. Bewusstseinsbildungsfunktion: Indem das Wissen um den Zustand der Umwelt nicht auf Verwaltungsbehörden beschränkt bleibt, wird die Akzeptanz für Massnahmen zum Schutz der Umwelt in der Bevölkerung erhöht. Auf diesem Wege trägt der Zugang zu Umweltinformationen zur Schärfung des Bewusstseins der Öffentlichkeit in Umweltangelegenheiten bei.

4. Präventivwirkung: Das allgemeine Recht auf Bekanntgabe von Umweltinformationen soll eine vorbeugende Abschreckung potenzieller Umweltverschmutzer bewirken, da diese mit der Gefahr des Bekanntwerdens ihrer Tätigkeiten rechnen müssen.

5. Vereinheitlichungswirkung: Durch die Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen (2003/ 4/EG) wird europaweit ein von seinen Grundsätzen her gleicher Informationsanspruch gewährleistet. Dies erleichtert eine grenzüberschreitende Bekämpfung der Umweltverschmutzung und verhindert gleichzeitig eine Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EU.

Dieser Paradigmenwechsel in den Umweltverwaltungen der EU-Mitgliedsstaaten greift aber demokratiepolitisch zu kurz. Dieser muss vielmehr Vorbild sein für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung.

In Österreich fanden die ersten Diskussionen zu diesem Thema unter Semantic Web-Wissenschaftlern statt. Am 7. Jänner trafen sich einige Befürworter aus der Semantic Web-Forschung, aber auch Vertreter von Organisationen und Firmen in Wien mit dem Ziel, auch in Österreich die Vision von Open Government Data zu verfolgen und eine Initiative zu gründen. Es wurde beschlossen, eine Veranstaltung zu organisieren, zu der Vertreter aus Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft, sowie Forschung eingeladen werden. Dieses

erste Treffen wurde schließlich im Rahmen der Semantic Web Meetup Serie als data.gv.at-Meetup am 8. April 2010 im Heinz-Zemanek-Saal der Österreichischen Computer Gesellschaft OCG veranstaltet. Als Keynote Speaker konnten u. a. Rufus Pollock von der Open Knowledge Foundation (UK) und Stefano Bertolo von der EU-Kommission gewonnen werden. Die Open Government Data Austria war geboren:

»Unser gemeinsames Ziel ist es, öffentliche (nicht personenbezogene) Daten (GIS-Daten, Mikrozensus, Volkszählung, Umweltdaten, Verkehrsdaten, Daten versch. NPOs, NGOs, etc.) in Menschen- UND Maschinen-lesbarer Form der Bevölkerung und der Wirtschaft frei verfügbar zu machen. Die Initiative sollte in Kooperation mit der öffentl. Hand und div. Bundesämtern und Organisationen erfolgen. Das Vorhaben sollte auch im Einklang mit aktuellen eGov-Initiativen des Bundes (z. B. Plattform Digitales Österreich) erfolgen, damit alle am selben Strang ziehen.« [20]

DIE OPEN GOVERNMENT PRINZIPIEN

Öffentliche Daten sollen als offen angesehen werden und nach diesen Richtlinien veröffentlicht werden. Wenn im Weiteren von Daten gesprochen wird, so sind damit stets öffentliche Daten gemeint:

1. Vollständig: Alle öffentlichen Daten sind zugänglich zu machen. Öffentliche Daten sind Daten, die nicht verschwiegen, geheimgehalten oder nur privilegiert zugänglich gemacht werden dürfen.

2. Primärdaten: Öffentliche Daten müssen an Originalquellen erhoben und mit dem höchsten Detailgrad und nicht in aggregierter oder veränderter Form veröffentlicht werden

3. Zeitgerecht: Öffentliche Daten müssen so rasch als möglich zugänglich gemacht werden, um ihren einen höchstmöglichen Wert darzustellen.

4. Zugänglichkeit: Öffentliche Daten sind einem so breit wie möglichen Benutzerkreis für so weit gefasste Anwendungszwecke zuzuführen.

5. Maschinell verarbeitbar: Öffentliche Daten sind in einer Struktur anzubieten, die eine automatisierte Verarbeitung erlaubt.

6. Nicht-diskriminierend: Öffentliche Daten sind jedem zugänglich gemacht zu werden – es darf keinen Registrierungsprozess geben.

7. Nicht proprietär: Öffentliche Daten sind in einem Format zugänglich zu machen, über das niemand exklusive Kontrolle hat.

8. Lizenzfrei: Öffentliche Daten dürfen nicht mit Copyrights, Patenten, Namensrechten zu versehen und dürfen einem Betriebsgeheimnis unterliegen. Dies darf ausschließlich zur Wahrung von Persönlichkeitsrechten oder Sicherheitsbedürfnissen gestattet sein. [21]

Offenheit, Transparenz, Zusammenarbeit und Überprüfbarkeit müssen – wie in den USA und UK – die Grundsätze sowohl der österreichischen Politik als auch der Verwaltung sein. Anhand der aufgezeigten internationalen Entwicklung im Bereich Open Government sind für Österreich nachstehende Ziele abzuleiten:

- Erlassung eines Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung nach Schweizer Vorbild (BGÖ 2006) sowie
- Ausdehnung der aktiven Informationspflicht der Behörden nach UIG 2004 auf der Grundlage der EG-Richtlinie 2003/4/EG auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung
- Verpflichtende Erarbeitung und Umsetzung von individuellen Strategien für die Inter-netkommunikation mit der Öffentlichkeit für alle Behörden nach dem Vorbild der Open Government Directive der Administration Obama, USA und der Open Data Maßnahmen der Regierung David Cameron, UK.

Es gibt ein wichtiges Argument für Open Government. Gerade österreichische Politiker sollten sich einen Satz aus dem ersten Podcast des britischen Premiers David Cameron

sehr genau anhören: »Transparency can help to rebuilt trust in our politics.« Und nicht zuletzt: «People will be the masters. Politicians the servants. And that's the way it should be.» [22]



RUDOLF LEGAT

ist Mitarbeiter im Umweltbundesamt.

-
- [1] <http://news.bbc.co.uk/2/hi/politics/10195808.stm> • [2] <http://www.number10.gov.uk/news/statements-and-articles/2010/05/letter-to-government-departments-on-opening-up-data-51204> • [3] <http://www.k2020.at/2010/06/12/uk-noch-mehr-transparenz-burgerrechte/> • [4] http://www.whitehouse.gov/the_press_office/TransparencyandOpenGovernment/ • [5] http://www.whitehouse.gov/the_press_office/TransparencyandOpenGovernment/ - Open Government Initiative - <http://www.whitehouse.gov/open> • [6] <http://www.data.gov/> • [7] <http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2262&nummer=128/2009&zg=5> • [8] <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/Og/1738&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> • [9] <http://www.gov20.de/data-gov-geburtstag-apps/> • [10] http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/index_de.htm • [11] http://rp7.ffg.at/31052010_ikt2 • [12] http://rp7.ffg.at/31052010_ikt2 • [13] <http://opendata-network.org/2010/03/open-data-im-landeswahlprogramm-der-nrw-spd/> • [14] http://wiki.piratenpartei.de/RP:Beschl%C3%BCsse_des_Landesverband_Rheinland-Pfalz/Informationsfreiheit_im_21._Jahrhundert_-_Offene_Daten_f%C3%BCr_m%C3%BCndige_B%C3%BCrger! • [15] Schweizer Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ) <http://www.edoeb.admin.ch/faq/00790/index.html?lang=de> - • [16] <http://www.edoeb.admin.ch/dokumentation/00652/01405/index.html?lang=de> • [17] <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=37561> • [18] <http://www.ref.gv.at/Umweltinformation.1024.0.html> • [19] <http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/daten/umweltinfo/uig-komentar-folder.pdf> • [20] <http://gov.opendata.at/site/> • [21] <http://www.digirati.eu/digirati/2010/05/21/opengovernment-data-in-osterreich> • [22] <http://podcast.ulcc.ac.uk/accounts/Number10/DowningStreetPodcast/Podcast28May10.mp3>



Piraten, Katastrophen & Macht



Daniel Heller-Roazen
DER FEIND ALLER

Die Römer definierten den Piraten als Feind aller, da ihm nicht mit dem üblichen Recht beizukommen war: Er ist kein Bürger eines Staates, er bewegt sich auf offener See, die niemandem gehört und wo keine Gesetze gelten, man kann

nicht mit ihm verhandeln und er ist nicht mit einem Krieg zu besiegen. Bis heute stellt er eine immense Herausforderung an das Recht und die Politik dar.

S. FISCHER, 352 Seiten, 23,60 Euro



Amnesty International
REPORT 2010

Wie ist die Lage der Menschenrechte weltweit? Ethnische und geschlechtsspezifische Diskriminierung, Unterdrückung von Meinungs- und Glaubensfreiheit, Missachtung von Rechten, Folter und andere Misshandlungen sowie staatliche Morde gehören in vielen Ländern ebenso zur Tagesordnung wie Todesurteile nach Prozessen, die gegen Grundsätze von Rechtmäßigkeit und Fairness verstoßen.

S. FISCHER, 541 Seiten, 15,40 Euro



Karl-Heinz Göttert
DEUTSCH

Mit Sachkenntnis und Humor erzählt Göttert die spannende Biografie der deutschen Sprache, von ihren sagenumwobenen Anfängen in Germanien über den Durchbruch als Nationalsprache bis hin zur Wiederkehr der Dialekte. Das Deutsche ist nicht nur eine Sprache mit

einer großen Vergangenheit und lebendigen Gegenwart, sondern auch mit einer vielversprechenden Zukunft.

ULLSTEIN, 400 Seiten, 20,60 Euro



Tom Schimmeck
AM BESTEN NICHTS NEUES

Tom Schimmeck beschreibt Mechanismen der Gleichschaltung und Ursachen der Misere. Seine Bestandsaufnahme unserer defekten Öffentlichkeit zeigt: Wenn wir nicht bald irgendwo zwischen Putin und Berlusconi landen wollen, brauchen wir mehr denn je eine unabhängige,

kritische vierte Gewalt im Staat, in dem der unabhängige Journalist nicht bloß Störfaktor ist.

WESTEND VERLAG, 304 Seiten, 18,50 Euro



Francois Walter
KATASTROPHEN

Die Geschichte der Katastrophenbewältigung, wie sie der Genfer Historiker François Walter schreibt, steht jenseits von modischem Katastrophismus und schön gruseliger Heraufbeschwörung aller möglichen und unumgänglichen Apokalypsen. Sie erweist vielmehr, dass

die Antworten des 16. oder 18. Jahrhunderts auf das Unbegreifliche nicht etwa wertlos sind, bloß weil die Naturwissenschaft ein paar Schritte weitergekommen ist.

PHILIPP RECLAM JUN., 385 Seiten, 30,80 Euro



Bertrand Russell
MACHT

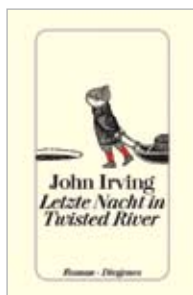
1938 ist Russells Buch «Power» erschienen; 1947 wurde es von Stephan Hermlin ins Deutsche übersetzt. Russells Thesen bleiben trotz aller Veränderungen in Gesellschaft und Politik unangetastet. In Auseinandersetzung mit dem Marxismus und in dem für ihn so typischen Stil

eines Kämpfers mit Humor, eines Provokateurs mit Charme, analysiert Russell die Ursprünge und unterschiedlichen Formen der Macht.

EUROPA VERLAG, 304 Seiten, 15,40 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Vernunft, Aufruhr & Du



John Irving LETZTE NACHT
IN TWISTED RIVER

1954 in einem Flößer- und Holzfällercamp in den Wäldern von New Hampshire: Der 12-jährige Danny verwechselt im Dunkeln die Geliebte des Dorfpolizisten mit einem Bären, mit tödlichen Folgen. Der Junge muss mit seinem Vater

Dominic, fliehen – zuerst nach Boston, von dort weiter nach Vermont und Iowa und schließlich nach Kanada, verfolgt von einem Rächer, der auch nach Jahrzehnten nicht vergisst.

DIOGENES, 832 Seiten, 27,70 Euro



Michael Scharang
KOMÖDIE DES ALTERNS

Ein Ägypter geht nach Österreich, um Maschinenbau zu studieren. Vor Studienbeginn absolviert er ein Praktikum in einem Stahlwerk. Dort trifft er auf einen jungen Österreicher; die beiden verstehen einander ausgezeichnet: Die Frage

nach dem Gottesglauben beantworten sie mit Vernunft; die herrschende Ordnung erscheint ihnen dermaßen widervernünftig, dass sie ihr gerne helfen würden zu verschwinden.

SUHRKAMP, 253 Seiten, 20,40 Euro



Philip Roth
DIE DEMÜTIGUNG

Für Simon Axler geht es bergab. Mit sechzig hat er, einer der besten Theaterschauspieler, alles Selbstvertrauen verloren. Als er auch noch von seiner Frau verlassen wird, kehrt er der Bühne endgültig den Rücken zu und beginnt eine scheinbar unmögliche Beziehung.

Philip Roth erzählt in seinem Roman mit unverwechselbarer Eindringlichkeit und Ironie vom Schicksal eines alternden Schauspielers.

HANSER, 138 Seiten, 16,40 Euro



Dennis Lehane
IM AUFRUHR JENER TAGE

Im Jahr 1918, in den Wirren von Revolution und Krieg, Armut und Rassenhass, überleben zwei Männer nur knapp einen Anschlag: Danny Coughlin, Sohn einer angesehenen Bostoner Familie, und Luther Laurence, ein junger Schwarzer.

Sie werden Freunde, und plötzlich sieht Danny die himmel-schreienden Ungerechtigkeiten seiner Zeit. Dennis Lehane zeichnet das Porträt einer außergewöhnlichen Freundschaft.

ULLSTEIN, 760 Seiten, 23,60 Euro



Jáchym Topol
DIE TEUFELSWERKSTATT

Ein junger Mann auf der Flucht hat im Gepäck einen Schließfachschlüssel und einen USB-Stick mit den Kontaktdaten reicher Holocaust-Überlebender, die ihn und seinem Onkel beim Aufbau eines alternativen Erinnerungsortes unterstützen

sollten. Jáchym Topol erzählt vom Kampf um die Erinnerung, die im Westen an Kommerz und Musealisierung, im Osten an der Unzumutbarkeit des Realen scheitert.

SUHRKAMP, 201 Seiten, 25,50 Euro



Anna Mitgutsch
WENN DU WIEDERKOMMST

Sie wollten vernünftig lieben, mit Maß und Respekt. Leidenschaftlich und doch voller Achtung für die Freiheit des anderen. Ein ganzes Leben haben Jerome und die Erzählerin von Mitgutschs neuem Roman gebraucht, um ein Liebespaar zu

werden, das den eigenen hohen Ansprüchen genügt. Doch dann stirbt Jerome plötzlich, und die Erzählerin versucht mit einer bewegenden Totenklage, das Versprechen eines Neuanfangs einzulösen.

LUCHTERHAND, 269 Seiten, 20,60 Euro

Sparen bis zur Depression?

Beim G20-Gipfel in Toronto Ende Juni verpflichteten sich die G20-Länder, ihre Staatsdefizite bis 2013 zu halbieren und bis 2016 ausgeglichene Staatshaushalte zu erreichen. Insbesondere europäische Länder und allen voran Deutschland haben auf einen raschen Schuldenabbau gedrängt, während noch vor dem Gipfel Präsident Obama ein weiteres Konjunkturpaket in den USA in Aussicht gestellt hatte. Schließlich waren auch sämtliche diplomatische Versuche der USA im Vorfeld des Gipfels, den Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen in koordinierter und ökonomisch sinnvoller Weise zu organisieren und insbesondere Deutschland von einem rigiden Sparkurs in der jetzigen, noch immer fragilen konjunkturellen Lage abzubringen, gescheitert.


Die Wirtschaft des Euroraums ist im letzten Jahr mit minus 4 % überaus stark eingebrochen. Im Vergleich dazu betrug der Wachstumsrückgang in den USA 2,4 %, die aufstrebenden Volkswirtschaften Asien wuchsen um 5,2 %. Auch bei den Prognosen für 2010 hinkt der Euroraum hinter der weltwirtschaftlichen Entwicklung hinterher: Die USA werden demnach um 3 % wachsen, Asien um über 8 %, der Euroraum nur um die 1 %. Die Euroraumländer scheinen nun in einen Konsolidierungswettbewerb einzutreten. Jene Länder mit den schwächsten und zum Teil negativen Wachstumserwartungen für dieses Jahr, wie Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, aber auch Italien, setzen – unter dem Druck von Ratingagenturen und Finanzmarktakteuren – bereits in diesem Jahr bedeutende Budgetkonsolidierungsmaßnahmen, die in einigen der Länder im Zuge der Krise um den Euro noch verschärft wurden.

In manchen EU-Ländern, die nicht Teil des Euroraums sind, ist die Budgetpolitik schon seit längerem restriktiv, wie etwa in Ungarn, Rumänien, Bulgarien sowie in den baltischen Staaten, die zum Teil als Bedingung für internationale Kredite rigorose Sparpläne umsetzen müssen. Auch die neue britische Regierung überraschte Ende Mai mit einem Steuer- und Sparprogramm, das weit über die Ankündigung der Labour-Regierung hinausgeht. Die negativen Wachstumswirkungen von Konsolidierungsmaßnahmen werden mit der als

ökonomische Theorie ausgegebenen Phrase beiseite geschoben, erst die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen würde das Vertrauen der Märkte in die Wirtschaft stärken und somit Wachstum ermöglichen.

Dass der verzweifelte Versuch, mit der Ankündigung drastischer Sparprogramme Ratingagenturen gnädig zu stimmen, dieses Ziel auch verfehlen kann, zeigt die Begründung der Herabstufung der Kreditwürdigkeit Spaniens durch die Ratingagentur Fitch Ende Mai dieses Jahres: Die Sparprogramme würden einen weiteren konjunkturellen Abschwung auslösen, hieß es.

Die Depressionsgefahren eines simultanen Konsolidierungswettlaufs in Europa werden entweder ignoriert, oder es wird gar suggeriert, es gäbe nur die Wahl zwischen Pest (Staatsbankrott und Inflation) und Cholera (rigorose Sparprogramme und Deflation). Dass man das Versprechen vom Herbst 2008 gebrochen hat, eine internationale Finanzarchitektur aufzubauen, rächt sich nun. Die Politik befindet sich mehr denn je in Geiselhaft von Finanzmärkten, deren Wirken und Einfluss ungebrochen ist.

Der Abbau der Staatsschulden, der allein schon aufgrund der hohen Zinszahlen und deren negative Verteilungswirkungen notwendig ist, sollte in Europa in koordinierter Weise erfolgen: So sollten jene Länder mit einer relativ günstigen budgetären Ausgangslage weniger und allenfalls später konsolidieren. Weiters gilt, dass Ausgabenkürzungen Wachstum stärker bremsen als Steuererhöhungen. Erhöhung der Ausgaben für Investitionen in die Zukunft (Forschung, Bildung, Klimaschutz und Soziales) bei gleichzeitiger Umgestaltung des Steuer- und Abgabensystems, die Gerechtigkeit in der Verteilung der Krisenlasten herstellt und gleichzeitig Wachstum fördert, sind das Gebot der Stunde. 

HELENE SCHUBERTH
ist Ökonomin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
 edition rot GmbH
 Löwelstraße 18
 1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____ **Unterschrift:** _____